

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)

- (A) in der Zukunft beide Elternteile besser um ihre Kinder kümmern können.

(Beifall bei der SPD)

Die Punkte, die ich eben genannt habe, meine Damen und Herren, sind die Schwerpunkte im Haushalt für Arbeit und Soziales. Und die tragen – das sage ich voller Stolz – eine sozialdemokratische Handschrift. Vielen herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD)

Ich greife einmal explizit den Bereich Rentenversicherung, Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderungsrente heraus. Hier gibt es ein Plus von 8,7 Milliarden Euro. Auch das trägt einen sozialdemokratischen Stempel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Leider fehlt uns ein wichtiger Punkt. Ich frage mich, weshalb noch immer die Angleichung der Ostrenten an die Westrenten außen vor bleibt. Meine Damen und Herren, wann denn, wenn nicht jetzt? Und wer denn, wenn nicht wir in dieser Großen Koalition können es schaffen, hier Änderungen hinzubringen?

(Beifall bei der SPD)

Ich habe der Rede des Finanzministers am Dienstag gut zugehört und zitiere einmal:

Es geht ... nicht in erster Linie um Finanzierungsfragen. Es geht um einen fairen Ausgleich zwischen Ost und West, aber es geht auch um einen fairen Ausgleich zwischen Jung und Alt.

(B)

Okay, das unterschreibe ich.

Herr Schäuble führt weiter aus, dass die lohnbezogene Angleichung alles in allem funktioniert hätte. Also, das sehe ich anders. Das hat eben bis heute nicht funktioniert.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ist es!)

Die Löhne im Osten sind circa 20 Prozent niedriger als die im Westen. Deshalb haben wir – oder auch Sie – damals den Höherwertungsfaktor eingeführt. Und den gibt es heute noch. Daran wollen auch viele festhalten.

Herr Schiewerling, Sie haben vorhin gesagt, dass mit der deutschen Einheit eine große Leistung der Rentenversicherung erbracht worden ist. Ich sage, da wurde ein großer Fehler gemacht. Das hätte schon damals steuerfinanziert sein müssen. Es ist ein Fehler, dass das bis heute auf dem Rücken der Beitragszahler ausgetragen wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Das stimmt nicht! Die Aussage ist falsch, Frau Kollegin!)

Meine Damen und Herren, wenn der Finanzminister von der Fairness zwischen Jung und Alt spricht, dann ist doch wohl eines klar: Hier geht es um bessere Löhne im Osten. Es kann hier nur um Tarifbindung und anständige Sozialpartnerschaft in den Betrieben gehen. Es geht einfach nicht, dass 79 Prozent der Arbeitgeber in den neuen

- Bundesländern nicht im Arbeitgeberverband sind. Das ist doch keine soziale Verantwortung von Unternehmen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Herr Birkwald, Sie haben vorhin gesagt, die Rentenangleichung Ost/West bedeutete eine Rentenkürzung. Auch diese Bezeichnung halte ich für falsch. Schließlich gibt es einen Höherwertungsfaktor. Sie haben genauso wie wir, die SPD, gesagt: Wir wollen die Angleichung der Rentensysteme haben. – Nach 30 Jahren legt nun Frau Ministerin im Herbst einen entsprechenden Entwurf vor. Es geht aber nicht, auf der einen Seite die Beseitigung der Nachteile zu fordern und auf der anderen Seite zu verlangen, dass die Vorteile bleiben sollen. Ich stehe als SPD-Frau dazu, dass eine Angleichung der Systeme, wenn es sie denn gibt, in Gänze zu erfolgen hat. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass bessere Löhne in den neuen Bundesländern gezahlt werden und dass die Arbeitgeber ihre Verantwortung wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die Lohnangleichung wollen wir auch!)

Frau Nahles wird im Herbst einen Gesetzentwurf zur Einleitung des Rentenangleichungsprozesses vorlegen. Auch der Ministerpräsident aus meinem Land, Sachsen-Anhalt, hat Unterstützung signalisiert und verlangt eine Steuerfinanzierung. Herzlichen Dank nach Sachsen-Anhalt! Wir wollen das in zwei Schritten tun.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

- Frau Kollegin, Sie sind zwar gerade so schön im Schwung, aber ich muss Sie bitten, zum Schluss zu kommen. (D)

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Die Kanzlerin will die Rentenangleichung. Der Finanzminister will sie. Die SPD will sie. Nur die CDU/CSU-Fraktion ist zerstritten. Sie hat den Schwarzen Peter. Ich kann nur sagen: Springen Sie über Ihren Schatten! Denn die Rentenangleichung ist eine Gerechtigkeitsfrage, der wir nicht mehr ausweichen dürfen. Die geordneten Haushaltsverhältnisse lassen es zu. Lassen auch Sie es zu!

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als letzter Redner hat Axel Fischer von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Deutschland geht es gut. Den Menschen in Deutschland geht es gut. Die Menschen in Deutschland wissen, dass es ihnen gut geht. Die Wirtschaft brummt. Der Arbeitsmarkt ist robust. Die Steu-

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)

- (A) erquellen sprudeln. Es ist schön, dass wir vor diesem Hintergrund die Haushaltsdebatte in dieser Woche sehr entspannt führen können. Unser Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat an diesem Rednerpult zu Recht darauf hingewiesen, dass wir noch immer an der Spitze der Wohlstandspyramide stehen. Angesichts der Kritik, die von der Opposition und teilweise von der SPD – sind Sie eigentlich noch Mitglied der Koalition? –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

geübt wurde, frage ich mich, welche Ausgangslage wir heute hätten, wenn Sie an der Regierung wären. Ich kann mich noch sehr gut an einen Bundesfinanzminister erinnern, der, als er 2001 den Etat für 2002 vorgelegt hat, gesagt hat: Der vorliegende Haushalt ist auf Kante genäht. Er enthält keine zusätzlichen Reserven. – Damals war die Union in der Opposition. Heute ist die Union in der Regierung. Freuen wir uns doch gemeinsam darüber, dass wir heute auch wirtschaftlich besser dastehen als damals.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Allein die Zahlen sprechen für sich. Seit 2010 haben wir ein gesundes Wirtschaftswachstum, zuletzt von 1,7 Prozent. Wir gehen auch in den kommenden beiden Jahren von einem guten Wachstum aus. Die Zahl der Erwerbstätigen ist ebenfalls positiv. Diese ist in diesem Jahr mit 43,5 Millionen auf einem erneuten Rekordhoch. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt weiter. Im August hatten wir die niedrigste Arbeitslosenzahl seit 25 Jahren zu verzeichnen. Die Reallöhne sind seit 2003 deutlich gestiegen, allein im vergangenen Jahr um 2,4 Prozent. Trotzdem bleiben die Preise stabil. Auch die Renten sind so stark gestiegen wie lange nicht mehr, zum 1. Juli um über 4 Prozent im Westen und um knapp 6 Prozent im Osten. Sie sehen: Die Regierungskoalition von CDU, CSU und SPD hat in den vergangenen Jahren erfolgreiche Arbeit geleistet. Das wollen und das werden wir auch weiter tun, zumindest bis im nächsten Jahr.

(B)

Wir haben mit einer vorausschauenden und zukunftsorientierten Wachstumspolitik sowie mit vielen ordnungspolitisch notwendigen und sinnvollen Maßnahmen die Finanz- und Wirtschaftskrise gemeistert. Wir haben viele Menschen wieder, andere neu in Arbeit gebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben gerade im Bereich der Arbeitsvermittlung und auch bei der Aktivierung von Langzeitarbeitslosen und bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten Erfolg gehabt.

Wir haben den Bundeshaushalt konsolidiert – und das ohne Steuererhöhungen.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Ohne Senkung der Kinder- und Jugendarmut!)

Diese Bilanz kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Seit 2014 geben wir nur so viel Geld aus, wie wir einnehmen. Standen 2013 Ausgaben von 307,8 Milliarden Euro Einnahmen von lediglich 285,7 Milliarden Euro gegenüber, waren Einnahmen und Ausgaben 2014 mit 295,5 Milliarden Euro deckungsgleich. Auch 2015 und

2016 sind Einnahmen und Ausgaben deckungsgleich, und im nächsten Jahr soll es trotz einer weiteren Steigerung auf 328,7 Milliarden Euro so bleiben. Sie sehen, meine Damen und Herren, dass wir uns Spielräume erarbeitet haben, die wir nutzen können und natürlich auch nutzen werden. Weil das so ist, können wir darüber beraten, wofür wir das Geld ausgeben werden.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Für erhöhte Rüstung!)

Dieser Haushalt ist nicht auf Kante genäht. Wir haben zusätzliche Reserven.

Mein spezieller Dank gilt an dieser Stelle natürlich unserem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der es mit einer enormen Energieleistung geschafft hat,

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Oioioi!)

den jahrzehntelang chronisch unterfinanzierten Bundeshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Vielen herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zudem, meine Damen und Herren, ist sich die Koalition ihrer sozialen Verantwortung bewusst. Die Entwicklung der Sozialausgaben im Bundeshaushalt zeigt dies deutlich. Lagen diese 2014 noch bei 148,8 Milliarden Euro, sollen sie 2017 auf 171 Milliarden Euro steigen. Das sind 22,2 Milliarden Euro mehr als vor vier Jahren. Allein im Bereich des Einzelplans 11, dem Haushalt für Arbeit und Soziales, sind für das kommende Jahr 138,6 Milliarden Euro vorgesehen.

(D)

Wir in der Koalition haben gemeinsam viele Gesetze auf den Weg gebracht: das Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie, das Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes, das Gesetz zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts, um nur einige Beispiele zu nennen. Das ist erfolgreiche Arbeit unserer Koalition, und das muss man hier auch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Koalition aus CDU, CSU und SPD liegt auch eine gute Finanzausstattung der Länder und Kommunen am Herzen. Da wir wissen, dass die Kommunen Träger vieler sozialer Leistungen sind und teilweise mit steigenden Sozialkosten kämpfen müssen, haben wir einige dieser Leistungen teilweise oder komplett übernommen. An dieser Stelle möchte ich nur an die Aufstockung der Zuschüsse zu Kindertagesstätten, an die Eingliederungshilfe und an die Neuregelung der Kosten für Unterkunft und Heizung erinnern. Zudem haben wir durch die komplette Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Kommunen massiv entlastet. Das alles waren Schritte, die den Kommunen wieder mehr Gestaltungsspielräume eröffnen. Diese waren wichtig und richtig, führen aber natürlich logischerweise dazu, dass wir massive Erhöhungen in den Sozialausgaben des Bundes haben. Das muss man vor allem dann

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)

- (A) wissen, wenn über steigende Sozialausgaben im Bundesetat gesprochen wird.

Meine Damen und Herren, über die Folgen der massiven Zuwanderung im vergangenen Jahr ist hier schon viel gesagt worden. Da hilft nun auch kein Jammern und kein Klagen und kein Zündeln – die Menschen sind da. Für mich ist völlig klar, dass die Integration der Menschen, die bei uns bleiben dürfen, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die nicht zulasten der Arbeitslosen und der Schwächsten in unserer Gesellschaft gehen darf. Flüchtlinge, die voraussichtlich im Land bleiben dürfen, sollten wir aber so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt integrieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das verbessert übrigens auch die gesellschaftliche Eingliederung; denn mit der erfolgreichen Arbeitsvermittlung steht und fällt das Schicksal dieser Menschen.

Wir wissen, dass es derzeit viele Ängste gibt. Die Bevölkerung macht sich Sorgen, und diese Sorgen nehmen wir ernst. Eine dieser Sorgen ist, dass Zuwanderer die deutschen Arbeitnehmer verdrängen.

Ich habe schon auf die derzeit positive Situation am Arbeitsmarkt hingewiesen. Wir haben die geringsten Arbeitslosenzahlen seit der Wiedervereinigung. Viele Betriebe suchen händeringend geeignete Bewerber und brauchen immer länger, um freie Stellen zu besetzen. Das Schlagwort „Fachkräftemangel“ macht schon länger die Runde. Auch die Kollegen Schiewerling und Andreas Mattfeldt haben heute darauf hingewiesen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Gute Männer!)

– Das ist in der Tat so.

Zudem sinkt aufgrund der demografischen Entwicklung die Zahl der potenziell Erwerbstätigen zukünftig weiter. Bislang konnten wir das teilweise durch die höhere Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren und vor allem durch Zuwanderung aus anderen EU-Ländern ausgleichen.

Wir besetzen außerdem weniger attraktive Arbeitsplätze mit Zuwanderern.

So können wir feststellen, dass auch Personen mit einer Staatsbürgerschaft aus den nichteuropäischen Asylherkunftsändern zuletzt von der guten Arbeitsmarktsituation profitieren konnten. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus nichteuropäischen Asylherkunftsändern hat sich von Mai 2015 bis Mai 2016 um 31 Prozent erhöht, unter den aus Syrien stammenden Menschen sogar um 71 Prozent.

Man muss der Ehrlichkeit halber aber schon sagen, dass geringe Sprachkenntnisse und fehlende formale Berufsabschlüsse oft eine schnelle Integration erschweren; das wurde in der Debatte schon mehrfach angesprochen. Genau da, meine Damen und Herren, müssen wir ansetzen.

In meinem Wahlkreis gibt es eine Jugendhilfeeinrichtung, die jungen Flüchtlingen eine neue Heimat bietet.

(C) Dort können sie gemeinsam mit anderen jungen Menschen einen Schulabschluss sowie eine Ausbildung zum Maler, Tischler, Lackierer oder Schlosser machen. Bei meinem Besuch dort wurde mir von den jungen Menschen berichtet, dass sie gegenseitig von dem gemeinsamen Lernen profitieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dieses Beispiel zeigt, dass diese Herkulesaufgabe gelingen kann.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Genau! Guter Schlusssatz!)

Es zeigt aber auch, dass noch große Anstrengungen vor uns liegen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass mit dem vorliegenden Bundeshaushalt die Bundesregierung eine gute Grundlage geliefert hat. Wir können jetzt darüber diskutieren. Ich bin mir sicher, dass wir im Kreis der Kolleginnen und Kollegen daraus noch einen besseren Entwurf für 2017 machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

(D) Wir kommen zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, Einzelplan 10**. – Ich bitte Sie, jetzt Ihre Plätze einzunehmen.

Ich erteile das Wort dem Bundesminister Christian Schmidt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem zu dem Etat für Arbeit und Soziales genügend gesprochen wurde, kommen wir jetzt zu dem für Ernährung und Landwirtschaft. Ich bedanke mich bei Ihnen schon im Voraus sehr für die Mitarbeit an den in den nächsten Wochen anstehenden Beratungen dieses Etats.

Der Regierungsentwurf sieht eine Aufstockung meines Haushalts um 300 Millionen Euro auf insgesamt 5,9 Milliarden Euro vor. Das ist ein richtiges, ein gutes Zeichen; denn der Entwurf spiegelt damit nicht nur den Erfolg unserer Arbeit wieder, sondern er schafft auch Spielräume, um die beiden wichtigsten Ziele meiner Politik konsequent umzusetzen und starke Akzente zu setzen. Ich danke dafür, dass wir dies mit diesem Haushaltsvolumen werden erreichen können.

Mein Haushalt steht für eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft sowie – nicht zu vergessen! – einen gesicherten Garten- und Weinbau – auch mit dem Wein-

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) recht werden wir uns in diesem Jahr noch befassen –, für vitale ländliche Räume und ebenso für eine gesunde und ausgewogene Ernährung von Anfang an.

Sie alle wissen: Die Landwirtschaft geht augenblicklich durch schwere Zeiten. Das gilt, wenn ich mir die aktuellen Ergebnisse der Getreideernte ansehe – sie fallen natürlich regional unterschiedlich aus –, nicht nur für die Milchbauern. Wir stehen deswegen an der Seite aller Betroffenen und müssen auch angemessen zur Entlastung beitragen.

Wir entlasten unsere Landwirte, und zwar alle und aus allen Branchen, auch 2017 durch einen gleichbleibend hohen Zuschuss in Höhe von 178 Millionen Euro bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Überhaupt hat im Bereich der Landwirtschaft das Soziale einen sehr hohen Anteil in unserem Haushalt.

Wir werden eine weitere Entlastung im steuerlichen Bereich vornehmen. Wir arbeiten daran, die Möglichkeit der Gewinnglättung von zwei auf drei Jahre auszuweiten. Wir wollen die Erlöse aus Veräußerungsgewinnen zukünftig durch einen Freibetrag von der Steuer verschonen, wenn sie zur Schuldentilgung verwendet werden. Über diese Frage werden natürlich Sie in den parlamentarischen Beratungen zu reden und zu entscheiden haben. Ein nationales Bürgschaftsprogramm soll dies ergänzen.

- (B) In der aktuellen Krise kommt es auch auf weitere Hilfe an, insbesondere für die Milchbauern. Ich habe in Brüssel intensiv und hart für ein zweites EU-Hilfspaket gekämpft. Wir hatten Erfolg. 150 Millionen Euro stehen ab Oktober für Maßnahmen zur Mengenregulierung bereit. Die Länder übernehmen die Durchführung. Dies begrüße ich als einen solidarischen Beitrag der Länder zur Überwindung der Marktkrise. Ich bedanke mich aber auch für die Kooperation, die wir von beiden Seiten, von Bund und Ländern, in der praktischen Umsetzung erreichen konnten. Es ist die gute Situation eingetreten, dass hier nicht nach Parteifarben vorgegangen wird und unterschiedliche Blickwinkel eingenommen werden, sondern gemeinsam angepackt wird, um das Geld schnellstmöglich bei den Erzeugern, bei den Bauern und Bäuerinnen, ankommen zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich werde das anschließend, wenn ich von hier direkt zur Agrarministerkonferenz fahre, auch mit den Landeskolegen besprechen.

Weitere gut 58 Millionen Euro stellt uns die Europäische Union für ein nationales Hilfspaket zur Verfügung. Den Umfang des Hilfspakets will ich mit nationalen Mitteln auf 117 Millionen Euro verdoppeln. Hier werden wir Mengendisziplin verbindlich festschreiben.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir arbeiten im Moment mit Hochdruck an der genauen Ausgestaltung des Programms, das einer engen Abstimmung mit Brüssel bedarf. Die Brüsseler Regelungen werden morgen veröffentlicht werden. Ich bin mir mit dem Bundesfinanzminister darüber einig, dass ich nach Spruchreife dieses Programms – wenn meine Leute, die

- (C) in diesem Bereich unwahrscheinlich viel arbeiten, das über das Wochenende umsetzen, vielleicht schon Anfang der nächsten Woche – die Regelungen auf den Weg bringen werde. Es geht darum, im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Ausgaben noch für 2016 Mittel zur Verfügung zu haben. Ich bitte Sie hier schon heute um Ihre Unterstützung. Für mögliche weitere Maßnahmen erwarte ich auch die Unterstützung der Bundesländer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen beim Thema Milch die Ursachen aber jetzt schon tiefgehend analysieren und diskutieren. Wer das nicht macht, legt die Falle für die nächste Krise aus. Mein Befund ist, dass die Erzeuger gegenwärtig das Risiko faktisch alleine tragen. Wir müssen also bei den Marktrisiken zwischen Erzeugern, Molkereien, Lebensmitteleinzelhandel und Verbrauchern eine bessere Balance finden. Das kann aber nicht nur der Staat regeln. Mir fällt auf, dass viel nach dem Staat gerufen wird, manchmal schneller, als man selbst geschaut hat, wo denn Möglichkeiten zur Verbesserung sind. Deswegen lade ich nächste Woche zu meinem zweiten Milchstrukturgespräch ein.

Da will ich zum einen hören – ich werde nicht predigen –, was sich denn bei den Lieferbeziehungen tut. Ich möchte wissen, wie die Genossenschaften ihrer Verantwortung gegenüber ihren Genossen zum Beispiel in Form eines strategischen Mengenmanagements für die Milch gerecht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (D) Wir werden auch darüber reden müssen, dass es manche gibt, die offensichtlich nur rein innerbetriebliche Überlegungen haben, ohne die Konsequenzen für die Erzeuger in ihre Perspektiven einzubeziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich dränge zur Eile, weil ich schon jetzt spüre – wir sind ja wie die Landwirte sehr sensorisch veranlagt –, dass die Bereitschaft zum Umdenken sofort nachlässt, wenn, wie jetzt in diesen Tagen, die Erzeugerpreise für Milch erste leichte Signale der Erholung zeigen.

(Johann Saathoff [SPD]: Das ist das Problem!)

Das kann nicht sein. Deswegen sage ich: Legt jetzt alle Kräfte zusammen, um Strukturen zu verbessern!

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Ja!)

Da wird manchmal kräftig zugelangt; das soll auch sein. Da bin ich auch gerne mit dabei. Aber es kann keiner erwarten, dass ich um des lieben Friedens willen nur Geld organisiere und die Probleme nicht angegangen werden. Da müssten auch manche bei uns, auch in der politischen Diskussion, bevor sie den Mund aufmachen und Forderungen erheben, einmal ein klein wenig nachdenken, wie man in andere Bereiche mit hineinwirken muss. Ich bin nicht bereit, den Status quo fortzuschreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) Das ist nicht zumutbar für die Bäuerinnen und Bauern. Ein solches Vorgehen würde so kurzzeitig tragen wie ein Mindesthaltbarkeitsdatum.

Zu unserer arbeitsteiligen Weltwirtschaft gehört übrigens auch der Export in kaufkräftige Märkte. Manchmal ist mir nicht so ganz klar, über was wir reden, was unter Markt verstanden wird. Ich werde die Exportförderung und das Messeprogramm auf hohem Niveau fortschreiben. Wir eröffnen damit unseren Landwirten neue Chancen auf neuen Märkten. Damit das ganz klar gesagt ist: Verantwortungsbewusster Export von Nahrungsmitteln ist für mich kein notwendiges Übel zum Ausgleich von Überproduktion, sondern legitimer Bestandteil landwirtschaftlicher Produktion in Gunstregionen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bitte uns alle darum, nicht dazu beizutragen, dass der Export per se in eine Schmutzdecke gestellt wird. Da gehört er jedenfalls heute nicht mehr hin. Wir sind heute weltweit Nummer drei beim Agrarexport. Ja, das ist für andere aus ganz anderer Sicht ein Problem, weil sie diese Rangstelle erreichen möchten. Wir jedenfalls müssen dabei auf Qualität und natürlich auf die regionalen Märkte achten. China ist beispielsweise ein wichtiger Exportmarkt, dessen Aufnahmebereitschaft in diesem Jahr übrigens zu den deutlich besseren Preisen für Schweinefleisch beigetragen hat. Russland ist ein komplexes Kapitel, an dem wir arbeiten. Ich habe intensive Gespräche mit meinem russischen Kollegen geführt. Ich war vor wenigen Wochen in Moskau und werde in diesem Jahr noch einmal hinreisen. Wir werden über diese Fragen dann mit Blick auf das nächste Jahr zu sprechen haben.

(B)

Mein Haus wird im nächsten Jahr einen nationalen Exportbericht für die Agrarmärkte vorlegen. Auf dieser Grundlage werden und können wir dann über die Perspektiven des Exports, seine Chancen und Potenziale reden. Ich lade alle dazu ein; denn bislang wird die Diskussion schief geführt. Das ist nicht in Ordnung. Mich wundert, dass zum Beispiel kaum zur Kenntnis genommen wird – oder genommen werden will –, dass sich die Europäische Union, auch dank der von mir dezidiert vertretenen Position, bei der WTO erfolgreich für ein Ende der Exportsubventionen bei Agrargütern eingesetzt hat.

Lassen Sie mich auch noch ein sehr nachdenkliches und kritisches Wort zu den Freihandelsabkommen sagen. Ja, ich weiß, es gibt großes Interesse daran und große Diskussionen darüber. Das ist ja auch gut so. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass unsere heimische Land- und Ernährungswirtschaft durch den freien Handel gewinnen kann; denn deutsche Lebensmittel stehen nicht nur für höchsten Genuss, sondern auch für die sichersten Standards weltweit. Und dieses Schutzniveau wird durch TTIP oder CETA – bei TTIP durch unsere Verhandlungspositionen; bei CETA durch die Ergebnisse – nicht infrage gestellt.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Nein!)

Deshalb finde ich auch die Haltung, die in der Diskussion von manchen Nichtregierungsorganisationen, zum

- Teil auch von Politikern, zum Beispiel von den Grünen, (C) eingenommen wird, leicht paradox.

Auf der einen Seite wird unterstellt, Freihandelsabkommen würden die hohen Schutzstandards unserer Lebensmittel unterwandern. Das heißt, unsere hohen Schutzstandards werden gelobt. Aber kurz darauf werden unsere Nahrungsmittel als vergiftet, krankmachend und ungenießbar dargestellt. Damit stellen Sie doch genau die Standards infrage, die Sie vorher noch beschworen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Glauben wir denn, dass, wenn wir so etwas in den Raum stellen, sich die Lebensmittelerzeuger, die Bäuerinnen und Bauern, die Bäcker, die Bierbrauer noch respektiert fühlen können? Wohl kaum.

(Zuruf des Abg. Sven-Christian Kindler
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich wünsche mir, dass wir mit Sachkenntnis und Ruhe nachhaltig und verantwortungsbewusst, auch beispielsweise hinsichtlich Pflanzenschutz, diskutieren.

Da fällt mir das Thema Glyphosat ein. Die Stiftung Warentest, die auf Beschluss des Deutschen Bundestages gegründet worden ist, damit Verbraucher objektiv über die Qualität von Produkten informiert werden, hat vor einigen Wochen – Sie haben es sicherlich gelesen – einen großen Test über die Wasserqualität des Trinkwassers, also Leitungs- und Mineralwasser, in Deutschland veröffentlicht. Ein Ergebnis dieser Untersuchung widerspricht deutlich der immer wieder aufgestellten Behauptung, Glyphosat wäre ubiquitär, also überall und unbegrenzt verbreitet. Der Test besagte nämlich, dass Glyphosat in nicht einer einzigen der Trinkwasser- und Mineralwasserproben gefunden worden ist.

(D)

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Auch nicht im Bier!)

Deutsches Trinkwasser ist glyphosاتفrei. Das möchte ich hier uns schon gerne zur Kenntnis geben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Es ging um Bier, nicht um Wasser! Sollen wir jetzt Wasser statt Bier trinken?)

Dies sollte Anlass sein, dass wir nüchtern und ruhig über dieses Thema sprechen. Ich sehe nach wie vor und weniger denn je Anlass, den Wirkstoff Glyphosat komplett zu verbieten. Neben dem gesellschaftlichen und auch politisch motivierten Druck habe ich fast den Eindruck, manchen wäre es lieber gewesen, es wäre herausgekommen, dass in Wasser Glyphosat ist. Mir nicht. Ich bin froh und dankbar, dass es so ist, wie es ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Den starken Mittelansatz für Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation in Höhe von 280 Millionen Euro will ich unter anderem dazu nutzen, unsere Landwirte bei der Anpassung an extreme Wetterlagen zu unterstützen, mit denen wir, auch bedingt durch den Klimawandel, immer mehr rechnen müssen. Perspektiven der nachhaltigen Nutzung des Clusters Forst und Holz sind mir eben-

Bundesminister Christian Schmidt

(A) so wichtig wie die Eiweißstrategie und der Ökolandbau. Zudem müssen wir die Klimabilanz der Landwirtschaft verbessern, etwa durch die Förderung von CO₂-Senken in Wald und Forst. Beim Klimaschutz ist die Landwirtschaft Teil der Lösung. Wir werden uns als solchen Teil der Lösung in die Diskussion einbringen, auch innerhalb der Beratungen in der Bundesregierung über Klimaschutzmaßnahmen. Ich rate hier zu einer konstruktiven Zurückhaltung bei Einzelmaßnahmen. Das Baugesetzbuch haben wir gerade in der letzten Legislaturperiode geändert. Wir sollten einmal schauen, wohin sich die Dinge dann entwickelt haben.

Landwirtschaft muss ökonomisch und ökologisch tragfähig sein. Beides gehört zusammen. Ausgehend von diesem Ansatz werden wir konstruktiv daran arbeiten. Geld haben wir zur Verfügung. An Steuererhöhungen denke ich nicht. Ich weiß, dass fast über alles diskutiert wird, etwa über Steuern auf Zucker, Salz, tierische Produkte, Fett und vieles andere. Ich glaube nicht, dass dies der Weg ist, um das Verbraucherverhalten und das Ernährungsverhalten zu verbessern. Ja, es muss verbessert werden. Das werden wir zum einen dadurch machen, dass wir ein Bundeszentrum für die Ernährungskommunikation aufbauen. Wir wollen uns noch stärker um die jungen Menschen kümmern. Das geplante Bundeszentrum für Ernährung soll dann besonders bei Kindern in Schule und Kita tätig sein. Wir werden darüber hinaus 2016 und 2017 Transparenz bei der Lebensmittelinformation weiter voranbringen.

(B) Dieses Haus hat sich das Thema Lebensmittelkennzeichnung auf die Fahne geschrieben. Ich bin dabei; lassen Sie mich aber sagen: Wenn die Kennzeichnung dazu dienen sollte – ich habe den Eindruck, dass es in anderen europäischen Ländern leider eine Tendenz dazu gibt –, heimische Produkte hervorzuheben und andere Produkte, beispielsweise deutsche Produkte, vom Markt auszuschließen, dann müssen wir darüber in der Europäischen Union sehr offen und ehrlich und notfalls strittig reden.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Minister.

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Die ländlichen Räume stehen im Mittelpunkt.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Sie dürfen so lange reden, wie Sie möchten, aber ich muss Ihnen sagen, dass das dann zulasten der Redezeit Ihrer Fraktion geht.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Ja, es sind schon drei Minuten!)

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin, in meiner Dankbarkeit gegenüber der Fraktion gehe ich so weit, dass ich davon ausgehe, dass das Thema „ländliche Räume“ bei der GAK, den Haushaltern und diesem Parlament in guten Händen ist

und die weiteren Beratungen positiv für uns alle ausfallen. (C)

Ich bedanke mich und wünsche uns gute Haushaltsberatungen bis Ende November.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächste erhält für die Fraktion Die Linke Kirsten Tackmann das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Als Linke habe ich ja viel Grund zur Kritik an der Großen Koalition und ihrer Politik. Wir leben zwar in einem reichen Land, trotzdem sind Kinder ein Armutsrisiko, trotzdem hängt der Bildungsabschluss vom sozialen Status der Familie ab, trotzdem konnte ich mich zwar in Estland, im tiefen Nationalpark, auf das Internet verlassen, aber eben nicht einmal überall in Berlin, trotzdem fährt in viele Dörfer nur noch ein Schulbus. Und dass ich in Lappland vor einigen Jahren einen besseren Handyempfang hatte als in meinem Dorf, 100 Kilometer von Berlin entfernt, lässt ebenfalls tief blicken. Deshalb verstehe ich, ehrlich gesagt, dass sich viele abgehängt und in ihren täglichen Problemen nicht wirklich ernstgenommen fühlen. Dies gilt übrigens auch für die Agrarpolitik der Koalition.

(D) Viele Landwirtschaftsbetriebe kämpfen seit Monaten um ihre Existenz. Die Vorschläge der Linken zur Lösung der Krise liegen seit langem auf dem Tisch. Die Agrarbetriebe müssen endlich gegen die erpresserische Marktübermacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen geschützt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kann doch nicht länger geduldet werden, dass sie nur das bekommen, was die Konzerne ihnen übrig lassen. Milchviehbetriebe dürfen doch keine Bittsteller sein, sondern müssen für ihre Arbeit anständig bezahlt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist doch absurd, wenn Milch abgeliefert werden muss, man aber nicht weiß, wie viel Geld man dafür bekommt.

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Das ist richtig!)

Bei der Milch ist es eben anders als bei VW, um das hier noch einmal klar zu sagen: Die Zulieferer können nicht einfach mit einem Lieferstopp ihre Interessen durchsetzen oder Kurzarbeitergeld beanspruchen. Deswegen brauchen sie unseren Schutz, und ich finde, erst recht, weil es hier um Lebensmittel geht, also unsere Lebensgrundlage.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Von daher habe ich sehr wohlwollend die Worte des Ministers gehört; aber wir werden Sie an Ihren Taten messen.

Auch bei der Bodenfrage geht es um die Existenz ortsansässiger Betriebe. Wir können doch nicht zulassen, dass Geldkapital durch die Lande zieht und die Existenz unserer ortsansässigen Betriebe infrage stellt, ihnen die Produktionsgrundlage entzieht, dass Makler wie Heuschrecken durch das Land ziehen, um die Verlierer eines Dumpingpreiswettbewerbes zum Schnäppchenpreis zu übernehmen.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Eine Schande!)

Wenn landwirtschaftsfremde Investoren Kauf- und Pachtpreise so hoch treiben, dass sie mit landwirtschaftlicher Arbeit nicht mehr zu finanzieren sind,

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Eine Schande!)

dann können wir doch nicht einfach zuschauen.

Aber sogar der Bundesfinanzminister macht mit der Privatisierung ehemals volkseigener Flächen noch Kasse auf Kosten der einheimischen, ortsansässigen Betriebe. Der Aufstieg und der tiefe Fall der KTG Agrar, einer Agraraktiengesellschaft mit undurchsichtiger Struktur und 46 000 Hektar in Ostdeutschland und Litauen, ist doch nur ein Beispiel für eine katastrophale Agrarstrukturpolitik. Die Ländereien aus dieser Insolvenzmasse werden wohl wieder nur bei Investoren landen und eben nicht bei ortsansässigen Betrieben.

- (B) (Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist zu befürchten!)

Das bundeseigene Thünen-Institut hat festgestellt, dass zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern bereits ein Drittel der Landwirtschaftsbetriebe nicht mehr in ortsansässiger Hand ist.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Eine Schande!)

Ich finde das, ehrlich gesagt, beunruhigend.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Übrigens brauchen wir bei einer investorengestützten Landwirtschaft auch nicht mehr über nachhaltige Landwirtschaft und über Tierschutz zu reden. Kostendeckende Erzeugerpreise werden eben auch gebraucht, um diese Probleme zu lösen. Wir brauchen dafür eine bundesweite Strategie; deshalb ist hier auch der Bundeslandwirtschaftsminister klar in der Pflicht.

Aber es geht längst auch um mehr als um Bodenpreise und Milchkrise. Aktuell wird kein landwirtschaftliches Produkt angemessen bezahlt. Selbst Roggen in Brotqualität bringt mehr Geld, wenn er nicht als Lebensmittel, sondern energetisch verwertet wird. Ich finde das echt pervers.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie der Abg. Ursula Schulte [SPD])

Aber anstatt die strukturellen Ursachen zu beseitigen, wird immer mehr Geld in ein falsches System gepumpt. Nur: Mehr Geld ohne richtige Politik liegt eben auch nicht im Interesse der Betroffenen. Auf die Agrarbetriebe verteilt, ist die hohe Gesamtsumme übrigens auch nur ein Tropfen Milch auf einen überhitzten Stein. Zum Beispiel spart ein mittlerer Milchviehbetrieb mit 100 Hektar und 80 Milchkühen durch den Bundeszuschuss gerade einmal Beiträge in Höhe von 600 Euro im Jahr für die Unfallpflichtversicherung. Ihm fehlen aber 10 Cent an jedem Liter Milch. Das entspricht einem Minus von 30 Prozent, Liter für Liter.

Ja, es gibt in der EU zusätzliche Liquiditätshilfen, die auch vom Bund aufgestockt werden. Aber es geht doch nicht, dass größere Betriebe, die Beschäftigte bezahlen müssen, gar nicht davon profitieren können. Das sind übrigens gerade in Ostdeutschland Betriebe in strukturschwachen Regionen, in denen diese Arbeitsplätze oft die letzten verbliebenen sind. Deswegen finde ich das nicht okay.

Es gibt noch mehr Problembereiche. Zum Beispiel ist die Weidetierhaltung die Verliererin der EU-Agrarpolitik, obwohl sie die höchste gesellschaftliche Akzeptanz hat und gerade Schafe und Ziegen für die Kulturlandschafts- und Deichpflege dringend gebraucht werden. Wir als Linke haben immer wieder mehr Unterstützung auch vom Bund gefordert, in Form einer Weidetierprämie und eines Herdenschutzkompetenzzentrums. Bisher verweigert dies leider die Koalition. Aber ich kann versprechen: Wir werden an dem Thema dranbleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Das gilt übrigens auch für dieses Thema: Klein- und Kleinstwaldbesitzer müssen ungerecht hohe Beiträge zur Unfallversicherung zahlen, während die Beiträge für Großwaldbesitzer auf niedrigem Niveau gedeckelt werden. Das finde ich als Linke nach wie vor inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch beim Thema Fischerei gibt es eine dringende Baustelle. Es wurden zwar strenge Bestimmungen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei beschlossen; aber ohne ausreichendes Personal für die Kontrollen wird eben weiter illegal gefischt. Hier muss sich deswegen wirklich etwas ändern.

Als Linke haben wir die vielen Probleme immer wieder thematisiert. Aber die Menschen erwarten von uns, dass sie endlich gelöst werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Rainer Spiering.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

(D)

(A) Rainer Spiering (SPD):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Herr Minister, Sie haben CETA angesprochen. Ich werde mich jetzt nicht inhaltlich zum Freihandelsabkommen äußern. Aber eines weiß ich: Wenn diejenigen, die in Deutschland produzieren und Handel betreiben – also Industrie und Handel –, sich frühzeitig an die Gewerkschaften gewandt hätten und einen interessierten Ausgleich mit den gewerkschaftlichen Vertretern gefunden hätten, dann hätten wir heute deutlich weniger Probleme mit CETA, als wir es zurzeit haben. Ich muss ganz ehrlich sagen: Da haben die entsprechenden Wirtschaftsverbände einfach nicht ordentlich gearbeitet.

(Beifall bei der SPD – Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Und der Wirtschaftsminister!)

Eine weitere Randbemerkung. Wir sind uns, Herr Minister, sehr einig: Export ergibt dann einen Sinn, wenn reale Wertschöpfung stattfindet. Export um des Exports willen, bei dem man Verluste in Kauf nimmt, ergibt keinen Sinn. Ich glaube, auch das muss man nüchtern zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle wissen: Rauchen ist schädlich. Mit der Umsetzung der EU-Tabakrichtlinie im nationalen Tabakerzeugnisgesetz sind wir im Frühjahr den richtigen Weg gegangen. Warnungen der Tabakindustrie, die Umstellung auf die neuen Verpackungen wäre nicht realisierbar, haben sich im blauen Dunst aufgelöst. Natürlich war die Umstellung mit unserer modernen deutschen Technik möglich. Internationale Tabakkonzerne wollten uns ihren Zeitplan und ihre Marktbedingungen aufzwingen. Darauf haben wir uns nicht eingelassen. Richtig und konsequent so. Glückwunsch ans Haus und ans Ministerium!

(B)

In einem zweiten Schritt wollten wir die Zusatzstoffe definieren und Außenwerbung verbieten. Hierfür hat Bundesminister Schmidt mit einem guten Gesetzentwurf alle Voraussetzungen geschaffen. Dieser Gesetzentwurf wurde vor Eintritt in die parlamentarischen Beratungen aufgehoben. Interessant, dass der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, den CSU-Minister Christian Schmidt ausbremst. Sonst kennen wir das nur umgekehrt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Das muss man ja mal deutlich sagen!)

Mit einem parlamentarischen Tritt in den Pöter des Bundesministers Schmidt hat Volker Kauder die Interessen der internationalen Tabakwirtschaft gerettet. Ich finde es bedauerlich. Herr Bundesminister, Sie haben so einen guten Gesetzentwurf vorgelegt. Lassen Sie uns daran festhalten und ihn durchbringen, und lassen Sie sich nicht von Herrn Kauder aufhalten.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Marlene Mortler [CDU/CSU])

Mein Thema: Smart Farming. Herr Bundesminister, Sie haben angesprochen, dass wir der Landwirtschaft mit Fördermitteln helfen wollen. Ich glaube, eine nach hinten gerichtete Förderung, bei der man versucht, mithilfe von Geldmitteln Probleme aufzuhalten oder zu heilen, wird

auf Dauer keine Zukunft haben. Wir haben aber sehr wohl eine Zukunft. Sie liegt darin, dass wir das, was wir im Landbau machen, mit dem verknüpfen, was wir technologisch und mithilfe des Internets leisten können.

(C)

Ich hatte jetzt bei mir zu Hause viele Veranstaltungen, viele davon mit Landwirten. Sie waren gut für mich. Was ich für mich erkennen konnte, war Skepsis bei den älteren Landwirten – wie auch immer sie entstanden ist – und sehr große Bereitschaft bei den jungen Landwirten, sich mit einer modernen, zukunftsorientierten Landwirtschaft verbunden mit IT-Unterstützung auseinanderzusetzen. Und sie haben dabei keine Hemmschwellen. Sie finden es total spannend, was man mit moderner IT anstellen kann. Deswegen meine dringende Aufforderung: Helfen Sie unserer Landwirtschaft, indem Sie unseren jungen Bauern helfen, ihren Weg zu gehen; denn sie sind die Zukunft und nicht die älteren Eigentümer der Höfe.

(Beifall bei der SPD)

Der digitale Kuhstall und satellitengesteuerte Traktoren sind keine Zukunftsmusik, sondern real. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten müssen. Das ist die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und unserer Wirtschaft.

Wir haben ein Positionspapier zu den Chancen des Smart Farming vorgelegt. Ich habe es eben schon erwähnt: Bei den jungen Menschen haben wir damit Erfolg und erreichen, dass sie Zutrauen haben. Ich will Ihnen ein Argument nennen, das gerade die jungen Landwirte sehr intensiv aufgenommen haben.

Unsere Landwirtschaft steht meiner Meinung nach häufig zu Unrecht unter Druck. Wenn man aus einer Region kommt, die wie meine Region sehr ländlich geprägt ist und in der eindeutig sehr viel Gülle hergestellt wird – das ist noch sehr vorsichtig ausgedrückt, man könnte das auch noch ganz anders formulieren –, dann weiß man: Der Druck ist noch viel höher. Man fragt sich: Welche Chance hat eigentlich die Landwirtschaft bei mir zu Hause, nachzuweisen, dass sie für die Nitratwerte nicht verantwortlich ist? Zurzeit keine. Aber wenn wir IT-unterstützt eine solide und ordentliche Hofortbilanz erstellen, dann haben wir alle Möglichkeiten, Ross und Reiter zu benennen, im Guten wie im Bösen. Dann muss man bekennen, und Bekennen – das ist ganz wichtig – schafft Vertrauen in der Politik. Das wissen Sie alle.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen unsere globalen Player vor Ort halten. Das betrifft die gesamte Landmaschinentechologie; ich habe den Zusammenhang bereits erläutert.

Jetzt möchte ich ein paar Punkte nennen, die wir unbedingt umsetzen müssen. Wir müssen eine Verknüpfung herstellen zwischen industrieller Landwirtschaft und den dazugehörigen Landmaschinenherstellern. Dazu brauchen wir Professorenstellen an den Universitäten. Ich würde mich freuen, wenn das Landwirtschaftsministerium Ähnliches unterstützen würde.

Wir können aber auch noch etwas ganz anderes machen. An Standorten, an denen die Verknüpfung von Landmaschinentechologie und intensiver Landwirt-

Rainer Spiering

- (A) schaft stattfindet, kann man Institute wie das Fraunhofer-Institut fragen: Habt ihr nicht Interesse, uns mit zukunftsorientierter Anwendungstechnik vor Ort zu helfen? Ich weiß, Herr Bundesminister, das ist nicht Ihr Ressort, aber ich glaube, Sie haben genügend Einfluss, um das entsprechende Ressort in Bewegung zu setzen.

Ich würde mich freuen, wenn von diesem Hause aus das klare Signal ausgeht: Wir geben der deutschen Landwirtschaft und den jungen Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft eine Chance, und zwar nicht, indem wir ihre Verluste im Nachhinein versuchen zu glätten, sondern indem wir eine Technologie und eine Landwirtschaft schaffen, in die die Menschen in unserem Land zu Recht wieder Vertrauen haben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Ingrid Pahlmann
[CDU/CSU]: Oje!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Friedrich Ostendorff ist jetzt der nächste Redner für Bündnis 90/Die Grünen.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gerade findet in Warnemünde die Agrarministerkonferenz in Begleitung von energischen, wütenden Bauernprotesten statt. Ich finde, wir finden: sehr zu Recht.

- (B) Vor 35 Jahren haben meine Frau und ich über unser Scheunentor geschrieben: „Bleibt auf dem Lande und wehret euch täglich!“ Das war das Motto von uns Jungbauern und Jungbäuerinnen gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft und für den Erhalt unserer Höfe. Es war und ist die Erklärung unserer Entschlossenheit, um jeden einzelnen Hof zu kämpfen.

Seit 1975 sind über 600 000 Bauernhöfe in Deutschland verschwunden, jährlich etwa 2 Prozent der Betriebe. Seit dem Ende der Milchquote am 1. April 2015 haben jeden Tag 10 bis 15 Milchviehbetriebe aufgegeben – das sind 5 Prozent, Zahl ständig steigend –, Tausende unwie-derbringlich verlorene Höfe, Existenzen, prägende Teile des ländlichen Raums. Man muss es so deutlich sagen: Es findet kein Strukturwandel, kein Strukturbruch statt, das ist ein Gemetzel im ländlichen Raum, das niemanden kalt lassen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Der Soziologe Heinz Bude kennzeichnet solche Vorgänge und deren Opfer als Verbitterungsmilieu in der Mitte der Gesellschaft. Darüber sollten wir einen Moment nachdenken. Nur, manche, gerade auch Ökonomen, lässt das ja kalt. Sie können natürlich immer wieder gut erklären, warum der Strukturwandel notwendig ist. Die meisten Molkereien predigen das sowieso, und für den Bauernverband ist Wachsen oder Weichen fester Bestandteil seiner absurderweise immer schon bauernfeindlichen Ideologie.

Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben wir eigentlich Ökonomen, Molkereien und dem Bauernverband, zu entscheiden, was gut für unser Europa ist? Denn um Europa geht es, liebe Kolleginnen und Kollegen. Europa steht nicht nur durch den Brexit vor einer Zerreißprobe. Europa ist nicht nur durch Schuldenkrise und Flüchtlingsdrama infrage gestellt, sondern auch durch das, was hier in der Landwirtschaft stattfindet. Wenn wir nicht nur London, Paris, Rom und Berlin als Europa betrachten, sondern auch Little Farmhill, Petit Paysanne, Villagio Piccolo oder Kleinbauerndorf, wenn wir anerkennen, dass es auch und vor allem die ländlichen Räume, die bäuerlichen Kulturlandschaften sind, die Europas vielbeschworene Identität ausmachen, dann müssen wir sagen, dass der aktuelle Zusammenbruch der jahrhundertalten Bewirtschaftung dieser ländlichen Räume nichts weniger als eine weitere Katastrophe für Europa ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Nichts weniger als den Zusammenbruch der bäuerlichen Landwirtschaft erleben wir gerade in Europa. Diese Entwicklung war nicht nur abzusehen, sondern sie war von den Befürwortern der Liberalisierung gewollt und geplant. Sie haben nach dem Markt geschrien, nun wütet der Markt ungezügelt in den europäischen Dörfern. Die, die gewarnt haben, wurden niedergemacht.

Minister Schmidt, ein großer, in die Zukunft denkender Mensch, sagte im März 2015 35 Cent für den Liter Milch voraus. Heute wurden vom Minister als Bonbon für die Landwirtschaft, als Hoffnung für die Zukunft, Gewinnglättung und höhere Freibeträge angekündigt. Ich verstehe das so, Herr Minister, dass diese Maßnahme sich nicht auf Verluste bezieht, sondern auf Gewinne. Da sollten wir die Landwirtschaft erst einmal wieder hinführen, dass sie Gewinne erwirtschaftet. Diesbezüglich sind Antworten erforderlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Die Verantwortlichen für das Sterben sind diese Bundesregierung und mit ihr zusammen der Deutsche Bauernverband. Bauernverband und CDU/CSU haben seit Jahren auf das hingearbeitet, was jetzt eingetreten ist: die chaotische und unregelmäßige Explosion der Milchproduktion, der hemmungslose Preiskampf der Discounter und damit verbunden der totale Zusammenbruch des Marktes. Die Milch wird aktuell für 42 Cent, sogar gentechnikfrei, im Laden verramscht. Die Bauern erhalten oft nur 15 Cent – bei Kosten von 40 Cent.

Sie von der CDU/CSU haben alle Vorschläge für eine vernünftige Gestaltung des Milchmarktes – davon gab es nach Auslaufen der Quote genug – bekämpft wie der Teufel das Weihwasser. Eigene Vorschläge gab es leider keine. Rechtzeitig zum von Ihnen lange ersehnten Ende der Milchquote haben Sie auch noch den schwächsten Landwirtschaftsminister seit Bestehen der Bundesrepublik installiert,

(Alois Gerig [CDU/CSU]: Künast vergessen, oder wie? – Cajus Caesar [CDU/CSU]: Man soll nicht von sich auf andere schließen! – Rita

Friedrich Ostendorff

- (A) Stockhove [CDU/CSU]: Wo bleibt der Respekt? – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

der mit seiner vollkommen unzulänglichen, nichtstuhenden Politik sicherstellt, dass die Zerstörungskraft des Marktes ungezügelt zur Geltung kommen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Zusammenbruch der bäuerlichen Milchwirtschaft ist der Zusammenbruch Ihrer Politik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von CDU und CSU. Wenn wir unsere Verantwortung für Europa gemeinsam ernst nehmen, müssen Sie jetzt endlich das Höfesterben beenden. Das geht nur, wenn Sie sich endlich verabschieden von diesen marktradikalen Ideologien und den Markt so mitgestalten, dass unsere Höfe weiter bestehen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Erhaltung der bäuerlichen Betriebe muss oberste Prämisse der Agrarpolitik sein. Sonst ist Agrarpolitik überflüssig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Haushaltsvorschläge liegen auf dem Tisch: stärkere Förderung des biologischen Landbaus, der ländlichen Entwicklung, der tiergerechten Haltung, vor allem aber Stärkung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft.

(Kordula Kovac [CDU/CSU]: Das ist kein Allheilmittel!)

- (B) Wenn Sie endlich ohne Scheuklappen und ohne Rücksicht auf Lobbyinteressen an Ihre Arbeit gehen, können immer noch viele bäuerliche Betriebe und damit zumindest ein kleiner Teil der europäischen Identität gerettet werden.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Cajus Caesar [CDU/CSU]: Die Grünen sollten nicht immer nur Forderungen aufstellen und Auflagen machen!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächster hat für die CDU/CSU-Fraktion Alois Gerig das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alois Gerig (CDU/CSU):

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben es in den vergangenen Tagen oft gehört: Deutschland ist ein starkes Land. 71 Jahre Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben uns einen beachtlichen Wohlstand beschert. Der Fleiß der Menschen und die Innovationskraft der Unternehmen haben unser Land zur Wachstumslokomotive Europas gemacht, ganz besonders in den vergangenen Jahren.

Deutschland – das will ich betonen – ist aber auch ein schönes Land. Die vielfältigen, meist bunten Landschaften von Flensburg bis Oberstdorf sind ökologisch wert-

- voll und wichtig, und sie machen unser Land für in- und ausländische Touristen attraktiv. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unserem Ministerium geht es im Hinblick auf die Haushaltsmittel maßgeblich um die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume. Es geht um die wirtschaftlichen Perspektiven insbesondere unserer familiengeführten bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft. Es geht ebenso um die Themen Ernährungssicherheit, Ernährungsbildung und Lebensmittelverschwendung. Verbraucherschutz und nachwachsende Rohstoffe stehen ebenso ganz oben auf der Agenda.

Mein Dank gilt an dieser Stelle ganz besonders unserem Bundesminister Christian Schmidt und seinem Haus.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mein Dank gilt auch unserem Chefhaushälter Cajus Caesar und seinen Kollegen, und zwar dafür, dass es wiederum gelungen ist, die Mittel im Einzelplan 10 ähnlich wie im vergangenen Jahr auch für 2017 um fast 5 Prozent aufzustocken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Mittel, meine Damen und Herren, werden ganz sicher gebraucht. Vieles wurde heute bereits über die notleidende Landwirtschaft gesagt. Sie können sicher sein: Unser Minister, sein Haus und die zuständigen Parlamentarier werden alles dafür tun, dass diese Mittel gut eingesetzt werden. (D)

Das Ministerium und die Politik können – na klar – nicht jedes Defizit und jede Preiskrise ausgleichen. Deshalb müssen wir alle mit Nachdruck daran arbeiten, dass die Leistungen, die die Land- und Forstwirtschaft für die Allgemeinheit erbringt, und ihre Produkte wieder mehr Wertschätzung in der Gesellschaft erfahren und ihr zu mehr Wertschöpfung verholfen wird, bevor sich der ohnehin starke Strukturwandel in der Branche, das Höfesterben – auch dies wurde hier schon angesprochen –, weiter beschleunigt und damit auch die von uns lieb gewonnene vielfältige Kulturlandschaft und die Struktur der Dörfer extrem gefährdet. Wir dürfen die Landwirte – da sind wir uns alle einig – mit dieser Last nicht alleine lassen. Wir müssen die richtigen Weichen stellen. Handel und Gesellschaft müssen erkennen, dass sie ihren Beitrag leisten müssen.

Ich sage: Wir alle können und müssen auf die Leistung unserer Bäuerinnen und Bauern stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie produzieren Lebensmittel von weltweit höchster Qualität. Das ist zum Beispiel durch die jährliche Statistik über Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln beweisbar. Das Prädikat Lebensmittel „Made in Germany“ gibt es schon; es muss nur in die Köpfe der Menschen. Insbesondere der Handel muss seinen Beitrag dazu leisten, dass Lebensmittel aus deutschen Ländern ih-

Alois Gerig

- (A) ren Preis haben und nicht permanent verramscht werden dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem Agrarmarktstrukturgesetz haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich die Erzeuger gegenüber dem Handel besser aufstellen können. Diese Möglichkeit gilt es jetzt sukzessive umzusetzen; das hat der Minister bereits angesprochen. Ich bin ihm sehr dankbar, dass er erstmals diesen großen Milch- und Lebensmittelgipfel ins Leben gerufen hat und da weiter den Finger in die Wunde legen wird.

Selbstverständlich braucht unser Land auch zukünftig neben dem Import von Lebensmitteln einen gewissen Exportanteil. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn – wie es der Kollege Bartsch als Fraktionsvorsitzender der Linken hier vor zwei Tagen getan hat – angeprangert wird, dass deutsche Milchprodukte nach Afrika geliefert werden, und das insbesondere vor dem Hintergrund, dass es geschätzt 800 Millionen Menschen auf dieser Erde gibt, die Hunger leiden, und dass circa 60 Millionen auf der Flucht sind.

Ich sage deshalb im Hinblick auf die vielfältigen Anfeindungen von allen möglichen Seiten, die jetzt schon wieder zunehmen, ganz klar: Was unsere Bauern mit Blick auf Klima-, Umwelt- und Tierschutz angeht, so kann man natürlich immer darüber reden, noch besser zu werden, wenn es denn honoriert wird. Aber unsere Bauern sind angesichts der globalen Herausforderungen unserer Zeit nicht das Problem, sondern ein ganz wichtiger und maßgeblicher Teil der Lösung.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lieber Kollege Friedrich Ostendorff, Beschimpfungen gegenüber dem Minister

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo habe ich das gemacht? – Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sachliche Kritik!)

oder gar die vielen Attacken, die es in den letzten drei Jahren gegen die Landwirtschaft bei Tierhaltung, Pflanzenschutz und Düngung aus euren Reihen gegeben hat, bringen uns nicht weiter. Sie sind in hohem Maße kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen sage ich: Lasst uns doch gemeinsam dieses wichtige und schwierige Thema angehen.

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Konstruktive Vorschläge im Verfahren!)

Jetzt geht es kurzfristig darum, das zweite Hilfspaket zur Liquiditätsstabilisierung auf den Weg zu bringen. Der für mich erkennbare Ansatz ist durchaus gut, und wir sind alle gespannt darauf, was die Agrarministerkonferenz in den nächsten zwei Tagen bringen wird.

Positiv ist die Aufstockung der Mittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung auf erneut 178 Millionen

- Euro. Das hilft der gesamten Branche und jedem einzelnen Land- und Forstwirt. (C)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Almosen!)

Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich ferner dafür ein, Freibeträge für die Schuldentilgung einzuführen. Und – ganz wichtig –: Zur besseren Risikoversorge wollen wir, wie von der Branche seit langem gefordert, die Gewinnglättung auf drei Jahre ausweiten. Sie sind alle aufgefordert, den Weg mitzugehen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher Gewinn soll denn geglättet werden? Man muss erst einmal einen Gewinnvortrag haben! – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist auch notwendig!)

Die Themen „gesunde Ernährung“, Lebensmittelsicherheit und -verschwendung haben natürlich im Ernährungsministerium und im Haushalt eine hohe Priorität. Mit dem Nationalen Aktionsplan in Form der Kampagne „Zu gut für die Tonne“ oder dem Aufbau des Bundeszentrums für Ernährung sind wir ganz sicher auf dem richtigen Weg. Steuern, meine Damen und Herren, auf Fleisch, Zucker oder Fett wird es mit der CDU/CSU-Fraktion definitiv nicht geben.

(Zuruf von der SPD: Ach schade!)

Ich möchte noch ein herzliches Dankeschön sagen an die Behörden: an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, wo viele Fäden zusammenlaufen, an das Bundesinstitut für Risikobewertung und an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, wo überall eine hocheffiziente wissenschaftliche Arbeit geleistet wird. Und da gilt genau das Gleiche: Anfeindungen gegenüber diesen unabhängigen Instituten sind nicht nur kontraproduktiv. Sie sind einfach nicht fair. Im Hinblick darauf, dass wir irgendwann einmal wieder den Rat aus diesen Häusern dringend brauchen, ist es auch unanständig. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich glaube immer noch an die Energiewende und daran, dass die nachwachsenden Rohstoffe und die ländlichen Räume eine wesentliche Rolle spielen werden. Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe leistet hier einen Beitrag und muss ebenfalls weiter gefördert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen eine Politik für den ländlichen Raum. Ich freue mich, dass der Haushalt für unser Ministerium viele gute Ansätze dazu bietet. Gleichwohl müssen wir auch die anderen Bundesressorts – das gelingt uns mehr oder weniger – mit ins Boot holen, damit gleichwertige Bedingungen für die Menschen in Stadt und Land weiterhin bestehen bleiben.

Dort, wo weniger Menschen auf dem Quadratkilometer zusammenleben, ist einfach eine andere Förderung notwendig. Da geht es um die Infrastruktur – Straße und Schiene –, um schnelles Internet, um Schulen, um die medizinische Nahversorgung und darum, dass in den ländlichen Räumen mittelständische Unternehmen,

Alois Gerig

- (A) Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Vereine und andere Organisationen weiterhin für Vitalität sorgen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege Gerig.

Alois Gerig (CDU/CSU):

Ich komme gleich zum Ende.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Ja, schnell.

Alois Gerig (CDU/CSU):

Mit klugen politischen Entscheidungen können wir dafür Sorge tragen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zehn Minuten und trotzdem überziehen!)

Wir müssen den Belangen der ländlichen Räume auch in Zukunft eine hohe Priorität einräumen. Dazu sind in Zukunft noch mehr Haushaltsmittel nötig.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also, gleich wird aber angerechnet!)

Wir haben mit dem Haushalt des BMEL einen richtigen und wichtigen Schritt dahin getan.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Karin Binder.

(Beifall bei der LINKEN)

Karin Binder (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Meine Damen und Herren auf den Besuchertribünen! Mit diesem Haushaltsplan für 2017 wird eine Legislaturperiode zu Ende gehen, die für verpasste Chancen und leere Versprechungen durch den Ernährungsminister steht, um die unsinnige schwarze Null des Finanzministers zu sichern.

Herr Minister Schmidt, Sie haben in dieser Regierung nichts getan und nichts erreicht,

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

um den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Ernährungssouveränität und Lebensmittelsicherheit wären gute Stichworte gewesen.

Wo ist aber die Lebensmittelsicherheit? Auch im vergangenen Jahr sind aufgrund mangelnder Lebensmittelsicherheit wieder Menschen gestorben und viele schwer erkrankt. Monatelang haben Behörden in Deutschland zugeschaut, wie sich Krankheitserreger in Deutschland und in den Nachbarländern ausbreiten konnten, zum Bei-

- spiel Salmonellen in einer Hühnerfabrik oder Listerien auf Wurstwaren. Herr Minister, was sind Ihre Konsequenzen daraus? (C)

Auch gegen Tricks und Verbrauchertäuschung der Lebensmittelindustrie gibt es von Minister Schmidt nur vage Versprechungen statt wirksamer Maßnahmen. Statt gutes Essen in Kitas und Schulen gibt es von Ihnen peinliche Empfehlungen an die Eltern, sich selbst mehr um die Schulverpflegung zu kümmern. Zu viel Fett, Zucker und Salz im Essen und auch Lebensmittelverschwendung: Aus Sicht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist immer der Verbraucher schuld.

Dagegen setzt das Bundesministerium auf Infoflyer und Internet-Apps. Nur ja keine Verbindlichkeit oder gar gesetzliche Maßnahmen! Der Ernährungsminister bleibt lieber bei schönen Plakaten. Der Lebensmittellobby gefällt das sehr gut. Sie kann mit dieser Untätigkeit gut leben. Die Verbraucherinnen und Verbraucher aber nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Minister, stellen Sie statt der Lebensmittellobby endlich die Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt Ihrer Arbeit.

(Beifall bei der LINKEN – Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Das macht er doch! Das ist doch schon geschehen!)

Das müsste sich jedoch auch in den Zahlen Ihres Haushaltes niederschlagen und würde bedeuten, dass Sie Forderungen der Linken erfüllen müssten. Ich nenne nur fünf Beispiele. (D)

Erstens eine klare Verbraucherinformation. Dazu ist erforderlich, dass das Informationsportal www.lebensmittelklarheit.de des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände dauerhaft finanziell abgesichert wird.

Zweitens. Lebensmittelsicherheit zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher muss systematisch gestärkt werden. Die amtliche Lebensmittelüberwachung muss bei überregional arbeitenden und internationalen Unternehmen auf allen Ebenen ständig zusammenarbeiten. Die Verantwortung muss auf die Bundesebene übertragen werden.

(Beifall der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Die Behörden müssen jederzeit Zugang zu allen Unternehmensdaten bezüglich der Qualitäts- und Sicherheitskontrollen von Lebensmitteln haben. Die größeren Unternehmen sollten an der Finanzierung dieser Kosten beteiligt werden.

Drittens. Bei anderen Produkten des täglichen Bedarfs muss der gesundheitliche Verbraucherschutz ebenso dringend verbessert werden. Das gilt insbesondere für Kinderspielzeuge. Noch immer ist jedes vierte Spielzeug auf dem deutschen Markt gesundheitsbedenklich. Das können wir nicht länger hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Karin Binder

- (A) Wir brauchen mehr und bessere Kontrollen. Nur durch bundesweit einheitliche und konsequente Überwachung können wir die Gesundheit der Kinder im Umgang mit Spielzeug ausreichend schützen. Das muss der Bund verantworten und mitfinanzieren.

Viertens. Da wir gerade bei Kindern sind: Wir brauchen eine gezielte und umfassende Erforschung und Untersuchung des Ernährungsverhaltens von Kindern und Jugendlichen. Sie alle wissen, dass uns eine Generation heranwächst, die durch Fehlernährung bereits als Kinder und Jugendliche mit Übergewicht und Diabetes zu kämpfen hat. Womit sie später als Erwachsene zu kämpfen haben, können wir schon heute voraussagen: Das reicht von ernährungsbedingten Krankheiten über fehlende berufliche Qualifikation bis zur sozialen Ausgrenzung. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Einrichtung eines Instituts für Kinderernährung am Max-Rubner-Institut. Dort ist dieses überaus wichtige Thema in guten Händen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Allerdings geht auch hier das Ernährungsministerium nur halbherzig zur Sache. Das Max-Rubner-Institut soll diese Sache für null managen.

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Stimmt nicht! In den Haushalt schauen!)

Dem Max-Rubner-Institut werden für die Einrichtung und den Betrieb des Instituts für Kinderernährung die notwendigen Mittel in diesem Haushalt nicht zur Verfügung gestellt.

- (B) (Cajus Caesar [CDU/CSU]: Im Haushalt sind mehr Mittel bereitgestellt!)

Wir möchten wissen, Herr Minister: Wie soll dieses Institut für Kinderernährung im Einzelnen finanziert werden?

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Das Institut hat mehr Mittel!)

Oder was wird möglicherweise beim MRI dafür weggestrichen?

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: 1,7 Millionen mehr!)

– Das reicht gerade einmal für die Tariferhöhung, Herr Kollege,

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Beifall der Abg. Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

aber doch nicht für weitere Aufgaben, die noch hinzukommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das MRI hat in den vergangenen zwei Jahren mehrere zusätzliche Aufgaben übernommen und hat keinen Cent mehr bekommen.

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Die Linken können mit dem Geld nicht umgehen! –

Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Warum werden Sie gleich so böse?) (C)

Stellenstreichungen sind wohl dabei die Methode.

Fünftens, jetzt vom theoretischen zum praktischen Verbraucherschutz. Die Linke plädiert für die Einführung einer flächendeckenden und kostenfreien Verpflegung an allen Kindertagesstätten und Schulen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu brauchen wir die gesicherte Finanzierung der Vernetzungsstellen Schulverpflegung und auch eine deutliche Aufstockung und dauerhafte Absicherung durch den Bund.

Wir brauchen zudem endlich verbindliche Qualitätsvorgaben für die Gemeinschaftsverpflegung auch in Pflege- und Betreuungseinrichtungen, in Krankenhäusern und auch in öffentlichen Kantinen. Das wäre sogar haushaltsneutral, Herr Minister. Dafür hätte ich noch mehr Vorschläge zu machen. Die muss ich Ihnen dann im Rahmen der Beratungen im Ausschuss unterbreiten. Aber ich glaube, es reicht nicht, Infoflyer zu verteilen oder von teuren Werbeplakaten zu lächeln. Wir müssen anpacken, und zwar an vielen Stellen.

(Beifall bei der LINKEN – Cajus Caesar [CDU/CSU]: Sie müssen in den Haushalt schauen!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächstes spricht der Kollege Johann Saathoff, SPD-Fraktion. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Johann Saathoff (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gesamtvolumen des Einzelplans für Landwirtschaft und Ernährung beträgt 5,9 Milliarden Euro. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Ich möchte heute auch – aber nicht nur deswegen, weil der Minister anfangen wollte, über ländliche Raumentwicklung zu sprechen – dieses Thema aufgreifen und den Schwerpunkt meiner Rede auf die Entwicklung ländlicher Räume legen. Ich glaube, dass es hier trotz des Verhältnisses von 20 Millionen Euro pro Jahr für die Entwicklung ländlicher Räume zu den 5,9 Milliarden Euro Gesamtvolumen einen enormen Fortschritt in dieser Legislaturperiode gibt. Es ist nicht zuletzt den Sozialdemokraten zu verdanken, dass wir das so hinbekommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das sind 100 Millionen Euro in fünf Jahren für die Entwicklung ländlicher Räume. Wir werden die ländlichen Räume weiterentwickeln. Wie man bei uns sagen würde: „Wi könn't dat – un wi maak't dat ok!“, und zwar nicht nur durch Haushaltsansätze, sondern vor allen Dingen auch durch Politikansätze.

Johann Saathoff

- (A) Dabei ist zum Beispiel der Ansatz der sozialen Dorferneuerung zu nennen. Mit der sozialen Dorferneuerung ist gemeint, dass wir die ursprüngliche Dorferneuerung weiterentwickeln. Früher war Dorferneuerung so angelegt, dass man sich die Straßen angesehen und gesagt hat: Sie sind in einem schlechten Zustand; wir investieren Geld, und am Ende der Dorferneuerung sind die Straßen dann in einem besseren Zustand.

Wir wollen aber, dass Konzepte des Zusammenlebens der Menschen in den Dörfern gefunden werden, dass das Miteinander gestärkt wird und dass man der Frage nachgeht, wie man in welchen Verhältnissen zusammenlebt. Wir wollen nicht den Tiefbau fördern, sondern das Zusammenleben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

In diesem Zusammenhang gibt es zum Beispiel auch das Konzept des Dorfkümmers. Ich glaube, an dieser Stelle kann man ruhig sagen, dass die Gemeindegewesener Emmi Austermann aus Pewsum im tiefsten Ostfriesland sicher nie damit gerechnet hätte, dass sie einmal im Deutschen Bundestag erwähnt wird. Sie war bis in die 60er-Jahre hinein diejenige, die sich gekümmert hat, wenn irgendwo ein Kind geboren wurde, wenn es irgendwo Schwierigkeiten in der Erziehung gab oder wenn insgesamt in der Ortschaft das eine oder andere aus dem Lot geraten ist. Wir brauchen wieder solche Dorfkümmers. Das ist unser Wunsch für die soziale Dorferneuerung.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Wertschöpfung stärken, weil das Arbeitsplätze schafft. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass man in den ländlichen Räumen nicht nur landwirtschaftliche Produkte herstellt und diese dann zur Veredelung nach außen gibt, sondern wir müssen die Veredelung wieder in die ländlichen Räume zurückholen, damit die Menschen nicht nur vor Ort wohnen, sich amüsieren und die tolle Landschaft betrachten können, sondern auch Arbeit finden und für ihre Familien sorgen können.

Dazu gehört auch, dass wir dafür sorgen, dass es wieder regionale Produkte gibt, die wir dann auch regional vermarkten können. Dieses Bewusstsein muss gestärkt werden, und ich bin sicher: Das wird uns gelingen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nicht zuletzt werden wir auch über Bildungsangebote im ländlichen Raum sprechen müssen, getreu dem Motto „Kurze Wege für kurze Beine“. Integrierte Schulsysteme sind genau das, was wir für die ländlichen Räume und deren Bildungsstruktur brauchen, zum einen, um das Angebot aller Schulformen vor Ort sicherzustellen, aber zum anderem auch, weil hinter dem integrierten Schulsystem eine andere Idee steckt: nicht die Idee des Konkurrenten im Klassenzimmer, sondern die Idee des Partners bei der Erreichung von Zielen und der Wunsch, dass Kinder, die an integrierten Schulen unterrichtet werden, schon in der Schulzeit die Erkenntnis gewinnen, dass der Mensch mehr wert ist als die Summe seiner Schulnoten.

Wir werden uns insgesamt natürlich auch darüber Gedanken machen, wie ländliche Kulturarbeit stattzufinden

hat. Ich kann an dieser Stelle einen Blick auf die Internetseite der Ländlichen Akademie Krummhörn empfehlen, die schon ohne Förderung hervorragende ländliche Kulturarbeit macht. Aber mit einer freundlichen Förderung des Bundesministeriums würde sie die Kultur noch viel besser gestalten, Herr Minister. (C)

Wir brauchen innovative Verkehrskonzepte bzw. Mobilitätskonzepte. Der öffentliche Personennahverkehr ist nicht in einem besonders guten Zustand. Aber auf der anderen Seite ist es schwierig, seitens der öffentlichen Hand Mitfahrkonzepte zu organisieren. Zwischen meinem Heimatort und der nächstgelegenen Stadt werden jeden Tag 15 000 leere Sitze hin- und hergefahren. Aber für eine Rentnerin wird es schwierig, von dem einen Ort zum anderen Ort zu kommen, einzig und allein deshalb, weil es an bürokratischen Hürden gescheitert ist – es war auch mir damals in der Verwaltung nicht möglich, sie zu überwinden –, Mitfahrkonzepte auf öffentlicher Ebene zu organisieren. Daran müssen wir arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen auch daran arbeiten, dass der Breitbandausbau im ländlichen Raum vorankommt, und zwar nicht nach den urbanen Zentren, sondern gleichzeitig mit ihnen.

Ich habe in diesen Tagen oft gehört, dass die Vektor-Entscheidung stark kritisiert wird. Aber als Landei, als Kind vom Land, sage ich Ihnen: Mir ist lieber, schneller besseres Internet zu haben, als mich mit wirtschaftstheoretischen Ergüssen auseinanderzusetzen. Aus der Position einer Stadt wie Berlin mit der entsprechenden Versorgung kann ich leicht argumentieren, ob jemand ein Monopol bekommt oder nicht, aber das interessiert die Menschen im ländlichen Raum nicht. Sie wollen ans Internet angeschlossen werden. Deswegen werden wir massiv in den Glasfaserausbau investieren müssen, und zwar nicht nur in urbanen Zentren, sondern auch in den ländlichen Räumen. „Fiber to the building“ heißt das Stichwort in dieser Frage. (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 100 Millionen Euro in fünf Jahren, also 20 Millionen Euro für die Entwicklung ländlicher Räume pro Jahr, sind viel Geld; aber das ist nur ein Einstieg. Wir werden deutlich mehr Geld brauchen, wenn wir, wie man so schön sagt, die Projekte, die jetzt im Pilotstadium entwickelt werden, übers Land ausrollen bzw. im Land implementieren wollen. Deswegen werden wir uns in den nächsten Monaten, aber auch in den nächsten Jahren Gedanken machen müssen, wie wir denn die Ausfinanzierung der weiteren Umsetzung gestalten wollen. Das kann man zum Beispiel machen, indem man sich Gedanken darüber macht, ob die GRW und die GAK in dieser Frage nicht viel enger miteinander verbunden werden könnten, als das bisher der Fall ist.

Mein letzter Gedanke dazu ist: Wir müssen aufpassen, dass die Küstenschutzmittel noch in ausreichendem Umfang vorhanden sind. Ich habe in diesem Jahr als Deich-

Johann Saathoff

- (A) richter zum ersten Mal erlebt, dass nicht ausreichend Mittel für den Küstenschutz vorhanden waren. Das war nicht so, weil die Dinge zu teuer wurden, sondern weil die Zahl der angemeldeten Maßnahmen in sehr starkem Maße gestiegen war. Wir müssen also darauf achten, dass die Mittel dafür in ausreichendem Maße vorhanden sind.

Wi könn't dat – un wi maak't dat ok! Mit diesem Haushalt entwickeln wir – da bin ich ganz sicher – die ländlichen Räume ein kleines Stück weiter.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als Nächste hat Nicole Maisch, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich versuche, einiges zum Haushalt zu sagen, lassen Sie mich, Herr Minister, kurz auf das reagieren, was Sie zu den Freihandelsabkommen gesagt haben. Mich hat es schon erschreckt, dass Sie weder für die Qualität unserer Lebensmittel noch für unsere europäische bäuerlich geprägte Agrarstruktur Gefahren in diesen Freihandelsabkommen sehen wollen. Ich glaube, das ist eine naive Sicht auf das, was im Moment zwischen der Europäischen Union und den USA bzw. Kanada verhandelt wurde bzw. wird.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn Sie sich anschauen, was die Verbände der ökologischen Landwirtschaft, der Naturkosthandel und auch die Vertreter der bäuerlichen Landwirtschaft zu den Zukunftsoptionen bei TTIP und CETA sagen, dann werden Sie feststellen, dass dort die nackte Angst um unsere Art der Agrarstruktur herrscht. Auch herrscht da Angst vor Punkten wie Gentechnikzeichnung, Schlachthygiene oder Herkunftsnachweise. Wir haben als Europäer mit unseren regionalen Spezialitäten ja etwas, was uns auf den internationalen Märkten auszeichnet. All das wird als Handelshemmnis von der amerikanischen Seite in den Verhandlungen infrage gestellt.

Herr Kollege Spiering, Sie haben gesagt, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften hätten da irgendwelche Dinge besser machen müssen. Ich glaube, dass das eine falsche Sicht auf diese Sache ist. Wer jetzt am Zug ist, das zu verhindern – gerade bei TTIP, aber auch bei CETA –, sind doch die Sozialdemokraten. Ihr Kollege Miersch hat sehr deutlich gesagt, dass kein Sozialdemokrat in einem Parlament dem zustimmen kann, was bei CETA vorliegt. Da sind jetzt Sie gefragt – und nicht der Deutsche Gewerkschaftsbund.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Widerspruch bei der SPD – Johann Saathoff [SPD]: Das ist jetzt sehr verkürzt!)

Ein Jahr vor der Bundestagswahl ist ja eine gute Zeit, Bilanz zu ziehen. Die Bilanz dieses Ministers ist, was die

- Themen Ernährung und Tierschutz angeht, leider mehr als dünn. Man kann sich vorstellen, dass es im Ministerium einen Schreibtisch mit Stapeln unerledigter Aufgaben gibt. Ich will nur zwei exemplarisch nennen. (C)

Erstens nenne ich – das steht im Koalitionsvertrag – die Reform des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches. Ich nehme an, dass es Elvira Drobinski-Weiß hineingeschrieben hat. Da steht es gut. Seitdem ist nichts passiert. Schon 2015 stand das auf der Kabinetttagesordnung, wurde aber abgesetzt. Seitdem ist es in der Versenkung verschwunden.

Zweitens nenne ich die Verordnung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor giftigen Mineralölen. Das will niemand im Essen haben, es ist nicht gesund. Das Ding gammelt seit 2012 auf Halde herum. Ich finde, es ist jetzt Zeit, da in die Puschen zu kommen und etwas für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Karin Binder [DIE LINKE])

- Herr Minister, wenn Sie denn Projekte anpacken, dann laufen die nicht selten grandios vor die Wand. Ich erinnere an das Verbot der Pelztierhaltung. Der Minister hat es im letzten Winter groß in der Presse angekündigt und den Gesetzentwurf schon mal an die Medien weitergegeben. – Zack, die Unionsfraktion kassiert es wieder! Es wäre sehr sinnvoll, gute Projekte wie das Verbot der Pelztierhaltung vorher mit den eigenen Leuten abzustimmen. Dann kann am Ende auch etwas herauskommen, das dem Tierschutz dient. (D)

Als weiteres Beispiel nenne ich den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren der Energydrinks. Wir alle wissen, dass es insbesondere bei männlichen Jugendlichen eine Gruppe gibt, die zu viel von diesen Limonaden konsumiert. Das ist schädlich für das Herz und den gesamten Organismus. Der Minister und die Koalition können sich nicht dazu entschließen, zu sagen: Das Zeug darf nicht mehr an Kinder verkauft werden. – Also schaltet er eine Info-Website. Leider hat niemand im Ministerium gecheckt, ob die Dosis, die man den Kindern da vorschlägt, auch korrekt ist. Die *Bild*-Zeitung hat es herausgefunden: Die angegebenen Verzehrsempfehlungen waren falsch. Die Website ging wieder vom Netz. Offen gestanden, das ist ein bisschen peinlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen ähnlichen Rohrkrepierer gibt es beim Thema „besseres Essen in Kita und Schule“. Das Ministerium erfindet die Kampagne „Macht Dampf!“. 2,5 Millionen Euro hat uns der Spaß gekostet. Leider haben nur 329 Menschen – mich eingeschlossen – die Kampagnenmaterialien heruntergeladen. Kernstück der Kampagne war: Die Eltern laden das herunter, schreiben Brandbriefe an die Schulen und machen deutlich: Wir wollen ein besseres Essen an den Schulen. Deutschlandweit ist das, wie gesagt, 329-mal geschehen. Zehnmal war es mein Büro, weil wir immer wieder einmal geschaut haben, was Sie im Ministerium so machen. Ich finde, das ist

Nicole Maisch

- (A) eine schlechte Bilanz und, ganz ehrlich gesagt, eine Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Hier könnten Sie beim nächsten Mal etwas kritischer sein. Herr Caesar wird ja nach mir noch sprechen.

Die Tabakwerbung wurde bereits als Beispiel genannt. Es gibt einen schönen Gesetzentwurf. Wir haben super Pressemitteilungen von der Drogenbeauftragten und vom Minister erhalten. Was ist herausgekommen? Nichts! Auch das ist relativ peinlich. Bei dem Thema Tabakwerbung sind wir in Deutschland tief in den 90er-Jahren stehen geblieben. Suchtprävention im 21. Jahrhundert sieht anders aus. Da hätte man bei der Außenwerbung deutlich schärfer herangehen können. Der Minister hat dazu gute Vorschläge gemacht. Allein, er kann sie nicht durchsetzen. Das ist mehr als traurig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Zur Einrichtung eines Instituts für Kinderernährung am Max-Rubner-Institut hat Karin Binder alles Notwendige gesagt. Ich bin sehr gespannt, Herr Caesar, wo im Haushalt die dafür notwendigen Millionen eingestellt sind. Ich jedenfalls habe das anders verstanden. Nach meiner Auffassung ist der Mittelaufwuchs beim Max-Rubner-Institut für andere Dinge vorgesehen, zum Beispiel als Kompensation der Tariferhöhungen. Aber Sie können uns gleich noch erläutern, wo die Millionen versteckt sind.

- (B) Sie wollen des Weiteren ein neues Bundeszentrum für Ernährung aufbauen. Es handelt sich um eine zentrale Einrichtung für Ernährungskommunikation und -kompetenz. Super Idee! Aber selbst bei einer solch guten Idee sollte man zuvor dem Koalitionspartner Bescheid sagen, dass man so etwas machen will. Dann werden solche Projekte normalerweise viel besser und einfacher auf den Weg gebracht. Auch bewährte Kooperationspartner wie die DGE oder die Verbraucherzentralen sollte man, bevor man ein solches Kaninchen aus dem Hut zaubert, zumindest informieren und deren Sachkompetenz nutzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, am Anfang Ihrer Amtszeit haben Sie versprochen: Am Ende soll es den Tieren in diesem Land besser gehen. – Ja, das haben Sie versprochen. Bisher haben wir aber noch sehr wenig dazu gehört. Leider neigt sich meine Redezeit dem Ende zu. Deshalb will ich nur noch zwei Punkte nennen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Ihre Redezeit ist schon zu Ende.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Dann mache ich ganz schnell. – Zum Verbot der Pelztierhaltung und zum Verbot von Wildtieren im Zirkus: Hierzu hat der Bundesrat ein ums andere Mal Beschlüsse gefasst. Es gibt eigentlich einen breiten gesellschaftlichen Konsens dazu. Der Ball liegt quasi vor dem Tor. Sie

- müssen ihn nur noch reinmachen. Wenigstens das sollte in dieser Legislaturperiode für die Tiere möglich sein. (C)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Ich darf alle Kolleginnen und Kollegen noch einmal daran erinnern, sich an die vereinbarte Redezeit zu halten. Das macht uns nun der Kollege Thomas Mahlberg vorbildlich vor.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Mahlberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir wurde schon vorab eine Minute von meiner Redezeit abgezogen. Von daher bin ich schon Vorbild.

Herr Kollege Spiering, auch ich wollte Sie kurz auf das Freihandelsabkommen ansprechen, allerdings aus einer anderen Perspektive. Ich war ebenfalls ein bisschen überrascht, als Sie gesagt haben: Wir sind jetzt in ein Problem hineingeraten, weil die Arbeitgeber und die Gewerkschaften das nicht ordentlich ausverhandelt hätten. An Ihrer Stelle würde ich das mit dem Bundeswirtschaftsminister besprechen, der normalerweise auf der Regierungsbank seinen Platz hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- Da ist doch etwas schiefgelaufen. Zu diesem Schluss komme ich, wenn ich mir seine Äußerungen zu den Freihandelsabkommen vor Augen führe. Es gibt bereits sehr viele solcher Abkommen. Diese helfen natürlich unserer Wirtschaft und insbesondere unserer Landwirtschaft; darauf hat Christian Schmidt zu Recht hingewiesen. (D)

(Rainer Spiering [SPD]: Zuhören hilft manchmal! – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was stimmt denn jetzt? Das habe ich nicht verstanden!)

Sie haben über die Chancen der Landwirtschaft gesprochen; das ist völlig richtig. Aber das sollten Sie nicht nur an uns, die wir uns mit Landwirtschaft befassen, sondern zum Beispiel auch an die Bundesumweltministerin Hendricks adressieren. Ich habe den Eindruck, dass Frau Hendricks immer dann, wenn wir über Chancen sprechen, uns gerne den einen oder anderen Stein in den Weg legen möchte. Ich möchte Sie bitten, Frau Hendricks darauf einmal anzusprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seid ihr in einer Koalition?)

- Man darf doch diskutieren; das ist völlig in Ordnung.

Da sie mich gerade so nett ansprechen: Ich höre Ihnen gerne zu, wenn Sie beispielsweise über Bio sprechen. Sie betrachten immer nur einen kleinen Ausschnitt aus der Landwirtschaft. Ich finde, was bei Ihnen fehlt, ist der Blick darauf, was Landwirtschaft eigentlich in diesem

Thomas Mahlberg

- (A) Land leistet. Die Landwirtschaft muss auch dafür sorgen, dass die Menschen ernährt werden können.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das hat er doch gesagt!)

Ich möchte Sie einfach bitten, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass Landwirtschaft eine Aufgabe hat. Das ist keine Spielwiese, sondern Landwirtschaft hat eine Aufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist mein Beruf seit meinem 15. Lebensjahr!)

– Deshalb wundere ich mich umso mehr. Sie wissen das doch.

(Beifall bei der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da können Sie noch eine Menge lernen! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Die Betriebsstruktur: Nehmen Sie das mal zur Kenntnis!)

Frau Kollegin Maisch, Sie sagten, man habe nichts für das Tierwohl getan. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist doch ganz offensichtlich: Sie brauchen immer ein Gesetz. Wenn es dann tatsächlich Initiativen gibt wie die Tierwohlinitiative, die von unserem Bundeslandwirtschaftsminister gestartet wurde, dann zählt das für Sie gar nicht. Bei Ihnen muss immer alles in Gesetzesform gegossen werden. Das macht den großen Unterschied zwischen uns aus. Diese Initiative ist doch sehr gut angefallen. Dass das nicht von jetzt auf gleich geht, ist klar.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut angefallen? Es gibt gerade ein Krisengespräch! Informieren Sie sich mal!)

Ich meine, wir diskutieren hier über den Haushalt. Der Haushalt zeigt doch eines sehr deutlich, nämlich dass die familiengeführte bäuerliche Landwirtschaft, so wie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, sich das wünschen, eine Zukunft hat. Solange das Ministerium in Unionshand ist – das merkt man sehr deutlich an der Politik der letzten Jahre –, so lange haben diese Familien auch eine Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das sehen die im Moment aber anders!)

Das Ministerium ist in guten Händen. Ich würde sogar so weit gehen, zu sagen – das zeigen Ihre Wortbeiträge, die Sie heute wieder geleistet haben –, dass die Landwirtschaftspartei hier in diesem Hause die Union ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Landwirtschaft muss natürlich auch verbraucherorientiert sein – auch darüber ist diskutiert worden –, selbstverständlich. Auch wir wollen natürlich auf der einen Seite die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte, wir wollen aber auf der anderen Seite sichere Lebensmittel und verlässliche Informationen. Die Lebensmittel in Deutschland sind doch die sichersten Lebensmittel, die wir je hatten. Auch

- das sollte man den Menschen immer wieder sagen, anstatt ihnen Angst zu machen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Haushaltsplan trägt genau diesem Ansinnen in vollem Umfang Rechnung. Der Ernährungsbereich ist auch im kommenden Jahr, wie ich finde, bestens aufgestellt und erreicht ein sehr hohes Niveau.

Liebe Frau Kollegin Binder, es ist ein bisschen verwirrend, was Sie darstellen, weil Sie immer alle Ebenen miteinander vermischen, zum Beispiel die Kompetenzen der kommunalen Ebene mit denen der Landesebene.

(Karin Binder [DIE LINKE]: Es geht um die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen, Herr Kollege!)

Am Ende sagen Sie immer: Der Christian Schmidt muss alles machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist ein bisschen schwierig. Sie stellen immer alles schön dar hier vor dem Publikum, aber tatsächlich wissen Sie genau: Da sind verschiedene Kompetenzen berührt. – So einfach ist das nicht.

(Karin Binder [DIE LINKE]: Und so lange sterben die Leute an Salmonellen und Listerien!)

Sie wissen genau: Es gibt unterschiedliche Ebenen. Die müssen natürlich miteinander vernetzt sein und zusammenarbeiten, aber nicht alles wird aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium gesteuert. (D)

Ich finde, gerade im Ernährungsbereich sieht es hervorragend aus; denn wir haben verschiedene Programme im Rahmen der Möglichkeiten, die wir auf der Bundesebene haben, aufgelegt. Ich nenne die Projekte IN FORM oder auch „Zu gut für die Tonne“. Auch hervorzuheben ist der Aufbau des Bundeszentrums für Ernährung; das ist eben schon erwähnt worden. Es soll ein Kompetenz- und Kommunikationszentrum werden, das gerade der Öffentlichkeit als Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Ernährung dient, im Prinzip vom Acker bis zum Teller. Das ist genau das, was die Menschen brauchen: viel Information.

Für Panikmache und Desinformation ist an dieser Stelle – wir haben das gerade von der Kollegin Maisch gehört – überhaupt kein Anlass gegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Das kann sie gar nicht! Dazu ist sie zu lieb! Ungeheuerlich!)

Was wir brauchen, ist eine wissenschaftliche und eine sachliche Ernährungspolitik. Deshalb ist es gut – ich glaube, das ist allseits anerkannt worden –, dass beim Max-Rubner-Institut das Institut für Kinderernährung eingerichtet wird. Dort soll Forschungsarbeit geleistet werden. Es sollen die Einflussfaktoren, die das Essverhalten und die Trinkgewohnheiten der Kinder prägen, untersucht werden. Es soll erforscht werden, wie sich diese für die Hinführung zu einer gesunden Lebensweise

Thomas Mahlberg

- (A) nutzen lassen; denn wir alle wissen: Was Hänschen oder, von mir aus, auch Gretchen nicht lernt ... Sie kennen den Spruch, glaube ich.

Apropos lernen: Wie man in der wissenschaftlichen Welt hoch anerkannte Gutachten und Analysen erstellt – liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich muss Sie leider noch einmal ansprechen, aber Sie sitzen mir ja auch gleich gegenüber –, zeigt das Bundesinstitut für Risikobewertung. Das ist eine Institution – ich will das in Erinnerung rufen –, die von Frau Künast, also einer Kollegin von Ihnen, damals ins Leben gerufen wurde. Diese Institution bekämpfen Sie anscheinend bis aufs Messer, weil sie nicht in Ihre Analysen, in Ihre Angstpolitik, die Sie immer machen, hineinpasst.

Ich finde, Sie täten eigentlich gut daran, wenn Sie die Expertisen, die vorgelegt werden, tatsächlich einmal den Fachleuten überließe. Wir haben hier schon einige von Ihnen benannte Fachleute erlebt. Sie haben eigentlich nur zur Verunsicherung der Menschen in diesem Land beigetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich erinnere an Äußerungen zu Glyphosat in der Muttermilch und zur damit verbundenen Frage des Stillens von Kleinkindern. Ich finde, Sie können sich an dieser Stelle sehr entspannt zurücklehnen; denn es gibt zusätzliche Mittel für das BfR. Dort werden Risikobewertungen vorgenommen. Ich finde, auch die Kommunikation ist dort in guten Händen.

- (B) Der Minister hatte das Thema eben noch einmal kurz angesprochen – auch ich will es tun –: das Geschacher um Glyphosat. Für mich ist das völlig unverständlich; das muss ich ehrlich sagen. Nachdem sich alle deutschen Behörden, die für die Bewertung von Glyphosat zuständig sind, für die Neuzulassung dieses Wirkstoffs ausgesprochen haben, musste sich die Bundesregierung bei den Abstimmungen in Brüssel enthalten.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Mehrere europäische Staaten haben das doch auch anders gesehen!)

Damit hat man ja nicht nur die eigenen Behörden und die Fachleute vor den Kopf gestoßen, sondern es werden Zulassungsverfahren insgesamt ad absurdum geführt, wenn so eine Frage nicht mehr wissenschaftlich beantwortet wird, sondern nur noch politisch.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Es gibt auch andere wissenschaftliche Meinungen! Nehmen Sie das mal zu Kenntnis!)

Die Kolleginnen und Kollegen der SPD sollten darüber noch einmal nachdenken.

Ich fand das Geschacher an dieser Stelle unwürdig. Es ist sowieso eine schwierige Situation, wenn es um die Zulassung und die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln geht. Diese Pflanzenschutzmittel werden in diesem Land natürlich gebraucht, wenn wir die Ernährung der Menschen sicherstellen wollen. Es gibt ganz viele neue Herausforderungen. Unsere Kollegin hat sich sehr intensiv um die Kirschesigfliege gekümmert, die hier einge-

- (C) schleppt wurde und unwahrscheinlich viele Schäden im Obst- und Weinbau hervorruft. Auch da hat sich die Bundesregierung positiv aufgestellt und Geld für entsprechende Demonstrationsvorhaben bereitgestellt.

Da ich mich vorbildlich verhalten sollte, was die Redezeit angeht, komme ich jetzt leider nicht dazu, noch etwas zum Gartenbau zu sagen. Ich kann nur feststellen: Der Haushalt bietet dem Gartenbau große Perspektiven, gerade was Energieeffizienz angeht. Wir haben den entsprechenden Ansatz um 25 Millionen Euro erhöht. Gerade in diesem Bereich sind wir auch im Sinne des Klimaschutzes tätig. Ich glaube, es ist ein sehr zukunftsweisender Haushalt, der uns hier vorliegt. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir das alle so sehen könnten und ihn gemeinsam verabschieden würden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächstes hat Ursula Schulte, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Ursula Schulte (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Schmidt! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spare mir das nette Vorgeplänkel, das ich in meinem Manuskript stehen habe, und gehe kurz auf Frau Maischs Bemerkung zum Thema CETA und SPD ein. Frau Maisch, ich finde Ihre Bemerkung unredlich,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

weil Matthias Miersch nicht gesagt hat: Der Vertrag ist für die SPD nicht zustimmungsfähig.

(Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber er ist ausverhandelt!)

Er hat eindeutig gesagt: Der Vertrag ist *so* nicht zustimmungsfähig. – Er setzt auf die parlamentarischen Beratungen. Ich finde, dass es die SPD ehrt, dass wir als Partei über die Inhalte von CETA streiten. Bei uns ist es anders als bei Ihnen: Sie lehnen den Vertrag ja ab, weil Sie einfach Spaß am Ablehnen haben, egal wie der Vertrag aussieht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Einzelplan des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft finden wir viele Ansätze, die wir begrüßen und richtig finden. Nehmen wir zum Beispiel das Thema Biodiversität. Ich freue mich, Herr Minister, dass dieses Thema am Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut einen Schwerpunkt bilden wird. Das ist aber auch zwingend erforderlich, und ich sage Ihnen auch gleich, warum: Während meiner Sommertour durch meinen Wahlkreis habe ich die Biologische Station Zwillbrock besucht; vielleicht sagt Ihnen das etwas. Von einem sehr engagierten und immer noch hochmotivierten Leiter

Ursula Schulte

- (A) wurde mir leider bestätigt, dass es um den Artenschutz, um biologische Vielfalt und um das Zusammenspiel von Landwirtschaft und Artenschutz nicht gut bestellt ist.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin Schulte, wenn Sie einmal Luft holen!

(Heiterkeit)

Ich muss Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Maisch zulassen.

Ursula Schulte (SPD):

Nein.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja souverän! – Rainer Spiering [SPD]: Ulla!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Dann ist es gut.

Ursula Schulte (SPD):

Ich habe alles zu CETA gesagt, was ich sagen wollte, und ich lasse jetzt nicht zu, dass das infrage gestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Sie, Frau Maisch, können mir das gleich gerne sagen.

Der Leiter der Biologischen Station Zwillbrock hat mir gesagt, dass die Insektenpopulationen gewaltig auf dem Rückzug sind, ebenso der Kiebitz und die Bienen. Ich finde, das sind eindeutige Warnsignale. Der Indikatorenbericht 2014 sagt ebenfalls aus, dass wir etwas für den Erhalt der Artenvielfalt tun müssen. Also: Wir sind eigentlich schon lange aufgefordert, zu handeln. Unsere Aufgabe wird es daher sein, die Erkenntnisse, die wir durch das Thünen-Institut bekommen, schnell umzusetzen. Das ist notwendig für unsere Umwelt, für unsere Kinder und für unsere Enkelkinder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein großer Teil des Einzelplans 10 ist sozialpolitisch gebunden. 67 Prozent der gut 5,8 Milliarden Euro sind für die Alterssicherung der Landwirte, für ihre Krankenversicherung, für die landwirtschaftliche Unfallversicherung und für viele Dinge mehr reserviert. 2016 haben wir einen zusätzlichen Zuschuss von 78 Millionen Euro für die Unfallversicherung bereitgestellt, um der schwierigen Situation der Landwirte Rechnung zu tragen.

Ich bin mir mittlerweile allerdings nicht mehr sicher, ob all diese Maßnahmen wirklich greifen, vor allen Dingen wenn die Mittel nicht zielgenau für die Landwirte ausgegeben werden; denn ich stelle fest, dass die Probleme der Landwirtschaft sehr komplex sind. Genauso komplex und vielfältig wie die Probleme sind auch die Antworten der Landwirte, die ich zum Beispiel zum Thema Milchkrise bekomme. Die einen sind total verzweifelt und fordern immer mehr staatliche finanzielle Hilfen.

Die anderen erklären mir, dass es der Markt schon regeln wird. (C)

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Weil sie hoffen, dass der Nachbar schneller stirbt!)

Ich bin mittlerweile zu der Erkenntnis gekommen, dass es für die Politik hier einzig und allein um die Gestaltung des Strukturwandels gehen kann. Die Politik muss ehrlich sagen, was sie will, und dann für die entsprechenden Rahmenbedingungen sorgen. Nach den Vorstellungen meiner Fraktion sind das Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Landwirtschaft, für die es langfristig öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen geben soll.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Blick auf die Verbraucher- und Ernährungspolitik werfen. Das geplante Bundeszentrum für Ernährung kann eine gute Idee sein, wenn wir wissen, welche Aufgabenstruktur das Ministerium sich so vorstellt. Mir erschließt sich zurzeit nicht, warum eine gut funktionierende Einrichtung wie der aid infodienst – das ist der Infodienst für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – unbedingt in die geplante neue Organisationsstruktur eingebaut werden soll. Der aid infodienst hat gute Arbeit geleistet, hat kritisch hinterfragt und hat überzeugende Informationen geliefert. Das spricht eigentlich für die Fortsetzung dieser Arbeit im bewährten Rahmen. Mit dieser Auffassung stehe ich im Übrigen nicht ganz allein da, wie ich aus der Agrarministerkonferenz höre. Der baden-württembergische Minister für Ländlichen Raum, Peter Hauk, sieht die Eile, mit der hier umstrukturiert werden soll, ebenfalls kritisch. Wir sollten also gemeinsam noch einmal überlegen, wie die Arbeit des geplanten Bundeszentrums in Zukunft aussehen soll. (D)

Herr Minister, Sie haben in den Haushalt 2016 2 Millionen Euro für eine Nationale Strategie zur Reduktion von Zucker, Fett und Salz eingestellt, und ich bin richtig gespannt auf die Ergebnisse, weil es da dringenden Handlungsbedarf gibt; denn Deutschland ist beim Zuckerverbrauch Europameister. Da hilft es auch nicht, wenn Sie, wie bei *hart aber fair*, auf die freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie setzen. Sie können die Verantwortung dafür nicht immer nur bei den Konsumenten abladen, Herr Minister.

(Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Doch! Aber klar!)

Was mich besonders ärgert, ist das Verhalten der Industrie bei den Produkten für Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Diese werden so aggressiv beworben, dass Eltern schon sehr standfest sein müssen, wenn sie ihre Kinder vor diesen zuckerhaltigen Produkten schützen wollen. Mein Fazit lautet: Wir müssen endlich die Vorherrschaft des Zuckers in der deutschen Ernährung beenden. Das sind wir zumindest unseren Kindern schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ursula Schulte

- (A) In diesem Zusammenhang fallen mir auch noch die Energydrinks ein; Frau Maisch hat das auch erwähnt. Die Informationsseite des Ministeriums war ein Flop; sie ist vom Netz genommen. Wir haben vor zwei Jahren in Ihrem Haus schon einmal über dieses Thema diskutiert, Herr Minister. Leider ist seitdem nicht viel Weltbewegendes passiert. Ich finde, Sie sollten endlich die Hinweise der Kinderkardiologen ernst nehmen und handeln. Wir können gern gemeinsam überlegen – das biete ich Ihnen an –, wie wir es schaffen, dass Kinder und Jugendliche vor einem übermäßigen Konsum von Energydrinks geschützt werden.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist noch wichtig, auf die Bedeutung der Schulnetzungsstellen hinzuweisen und darauf, dass das Forschungsinstitut für Kinderernährung bei der SPD ganz oben auf der Agenda steht. Wir sind sehr daran interessiert, dass das für die Zukunft verlässlich finanziert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 30 Jahre Kommunalpolitik haben mich gelehrt, dass Haushaltsplanberatungen kein Wunschkonzert sind. Aber wir müssen tun, was wir können, um wenigstens einige unserer Wünsche zu realisieren. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine gute Beratung und viel Erfolg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

- (B) Vielen Dank. – Die Kollegin Maisch hat um das Wort zu einer Kurzintervention gebeten. Bitte schön, Kollegin.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin, Sie haben meine Zwischenfrage leider nicht zugelassen. Deshalb möchte ich so einige Dinge zum Thema CETA klarstellen: Über CETA wird nicht mehr verhandelt. Die Verhandlungen sind abgeschlossen.

(Zurufe von der SPD: Falsch!)

Wer noch verhandelt, ist der SPD-Parteitag. Aber das ändert am Ende überhaupt nichts am Vertragstext.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Rechtsförmlichkeitsprüfung ist abgeschlossen. Der Vertragstext ist übersetzt. Das heißt: Das Abkommen ist fertig, und man kann sich jetzt entscheiden, ob man zustimmen möchte oder nicht. Dazu hat Herr Miersch klare Sätze gesagt. Er hat gesagt, „dass die von Parteitag und Parteikonvent gezogenen roten Linien in zentralen Punkten ... nicht eingehalten“ werden. Weiter hat er gesagt:

Aus meiner Sicht kann kein sozialdemokratisches Mitglied eines Parlaments diesem Abkommen in der vorliegenden Fassung zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es gibt aber keine andere Fassung. Sie können auf Ihrem Konvent beschließen, was Sie wollen. CETA ist ausverhandelt. Daran ändert der SPD-Parteikonvent nichts. Ich finde, Sie müssen sich sehr genau überlegen,

ob Investor-Staat-Schiedsgerichte, die in CETA weiterhin enthalten sind und bei denen durch die regulatorische Kooperation die gesetzgeberischen Kompetenzen von den Parlamenten hin zu Gremien, die von keinem gewählt werden, verlagert werden, etwas sind, was man gut finden kann. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin Schulte, möchten Sie darauf antworten? – Das ist nicht der Fall. Ich bin als Präsidentin immer froh, dass den Parlamenten noch eine große Bedeutung zukommt. Dafür sitzen wir hier als Abgeordnete.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der nächste Redner ist der Kollege Cajus Caesar für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Cajus Caesar (CDU/CSU):

Verehrte Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum dritten Mal den Haushalt mit einer schwarzen Null auszugleichen, darauf können wir, denke ich, stolz sein. Das ist eine besondere Leistung. Das ist eine besondere Leistung unseres Finanzministers Wolfgang Schäuble, aber auch dieser Regierung. Ich denke, damit können wir die Zukunft gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich sage Dank an die Landwirte und die Bäuerinnen vor Ort, dass sie unsere Kulturlandschaft gestalten, dass sie dafür sorgen, dass wir satt werden und gesunde Lebensmittel haben. Ich denke, das sollten wir nicht vergessen und mit einem Dankeschön verbinden. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Vorrednerin von der SPD hat ja etliche Wünsche an den Minister gerichtet. Ich habe einen Wunsch an den Koalitionspartner: dass man vielleicht bei der Bundesumweltministerin darauf achtet, dass sie nicht das ohnehin schwere Leben unserer Landwirte weiter erschwert durch zusätzliche Auflagen, die über die EU-Rahmenbedingungen hinausgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Lassen Sie sich doch mal einen Termin bei ihr geben!)

– Ja, das werde ich gerne machen. Wenn sie entsprechend reagiert und wir darüber reden können, wie man zu dem Ergebnis kommt, dass wir unsere ländlichen Räume durch Umwidmung von landwirtschaftlichen Gebäuden und dadurch, dass wir Ställe modernisieren, so gestalten können, dass wir mehr Tierwohl haben, führe ich dieses Gespräch gerne mit ihr.

Die Landwirte stehen vor großen Herausforderungen: Die Ernte ist nicht so reichhaltig wie gedacht. Die Preise für Weizen liegen deutlich niedriger. Auch bei der Milch geben die Rahmenbedingungen keinen Anlass zur Euphorie. Die Zahl der Milchviehbetriebe ist seit dem

Cajus Caesar

- (A) Jahr 2000 insgesamt zurückgegangen; dennoch müssen wir feststellen, dass die Milchmenge um 5 Millionen Tonnen gestiegen ist. Eine staatliche Festsetzung der Menge wäre falsch. Aber natürlich wollen wir unseren Landwirten helfen. Deshalb setzen wir entsprechende Rahmenbedingungen. Ich bin unserem Minister Christian Schmidt sehr dankbar, dass er dafür gesorgt hat, dass die EU 500 Millionen Euro bereitstellt. Das ist ja nicht selbstverständlich; das muss man auf europäischer Ebene erst einmal hinbekommen. Das bedeutet 150 Millionen Euro, um die Regelungen zur Milchmenge neu zu gestalten, und 350 Millionen Euro, also 58 Millionen Euro für Deutschland, um Rahmenbedingungen setzen zu können, damit unsere Landwirte wieder in die Zukunft schauen können. Man muss als Minister Rückgrat zeigen. Das hat unser Minister getan, und zwar nicht nur in diesem Bereich. Herzlichen Dank, Christian Schmidt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was wir uns als Union allerdings auch wünschen, ist, dass aus den Bundesländern nicht nur heiße Luft kommt, sondern dass sie dazu beitragen, diese Mittel zu erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen, dass diese Mittel in Höhe von 58 Millionen Euro national verdoppelt werden. Aber es stünde den Ländern gut an, weitere 58 Millionen Euro bereitzustellen. Das wäre gut für die Landwirte und die Bauern in unserem Land. Deshalb bitte ich alle Bundesländer, insbesondere die rot-grün regierten: Setzen Sie sich dafür ein, dass die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden! Dann sind wir auf dem richtigen Weg für unsere Landwirtschaft.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das löst doch kein einziges Problem!)

Zusätzlich bringen wir ein Liquiditätsprogramm auf den Weg. Ausfallbürgschaften werden vom Bund getragen. Wir werden steuerliche Rahmenbedingungen anders gestalten, um zu einer unbürokratischen Entlastung zu kommen. Ich glaube, dass dies der richtige Weg ist.

Wir setzen mit diesem Haushalt Akzente. Angesichts der schwarzen Null wird es immer schwieriger, für einzelne Bereiche mehr Geld bereitzustellen. Nachdem wir im letzten Jahr schon rund 250 Millionen Euro mehr in diesem Haushalt bereitgestellt haben, sind es nun über 300 Millionen Euro. Ich denke, das ist ein Zeichen für unsere Landwirtschaft, die ländlichen Räume, die Modell- und Demonstrationsvorhaben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für den Sozialbereich bedeutet das: 65 Millionen Euro mehr für die Alterssicherung, 40 Millionen Euro mehr für die Krankenversicherung, 78 Millionen Euro mehr für die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung bedeutet das eine Beitragsentlastung von 37 Prozent. Ich nenne ein Beispiel: Für einen Betrieb mit 100 Hektar Grünlandfläche und 160 Milchkühen und einem Risikobeitrag von insgesamt 5 000 Euro liegt die Entlastung in der Unfallversi-

cherung bei 1 800 Euro. Ich denke, das kann sich sehen lassen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir können nicht alles staatlich regulieren; aber wir können Zeichen setzen. Das tun wir damit.

Da uns der ländliche Raum wichtig ist, haben wir die Gemeinschaftsaufgabe neu gestaltet. In den letzten Haushaltsberatungen haben wir immer wieder gehört: Ihr müsst mehr für den ländlichen Raum tun. Das tun CDU/CSU und SPD. So haben wir den Titelansatz im Haushalt von 590 Millionen Euro in 2015 auf jetzt 765 Millionen Euro erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei muss man zur Kenntnis nehmen, dass Zukunftsprojekte zur gesunden Ernährung und zur sozialen Ausrichtung Aufwüchse erfahren haben; wir tun etwas dafür. Diese Projekte werden durch zusätzliche Mittel begleitet von mittelständischen Betrieben auch außerhalb der Landwirtschaft; denn wir haben sie auf außerhalb der Landwirtschaft tätige Betriebe ausgedehnt. Davon profitieren die Infrastrukturen, Dienstleistungen, die Versorgung mit Gütern, der ländliche Tourismus und die Umnutzung von Bausubstanz. Wir treten für den ländlichen Raum ein. Er soll gleichberechtigt neben den Städten sein. Wir wollen, dass der ländliche Raum erhalten bleibt, dass die Menschen, die dort arbeiten und leben, eine entsprechende Lebensqualität haben. Das will die Union.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Wir haben den Mittelansatz für das Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“, BULE genannt, verdoppelt. So können gute Ideen umgesetzt werden. In meiner Heimatregion Kalletal/Lüdenhausen zum Beispiel hat der Heimatvereinsvorsitzende Lars Brakhage alle zusammengerufen und gesagt: Lasst uns einmal überlegen, was für einen so kleinen Ort wichtig ist! – Wir haben gerade über den öffentlichen Verkehr gesprochen. In Kalletal/Lüdenhausen ist unsere zukünftige Infrastruktur: öffentlicher Verkehr plus Elektroauto, das von den Bürgern gefahren wird. Damit sind die einzelnen Bürger im ländlichen Raum angebunden. Wir haben ein Dorfinfoportal, und der Laden im Ort wird als zentrale Kommunikationszelle eingerichtet. Hier sind 75 000 Euro gut angelegt, weil die Ideen der vor Ort Lebenden umgesetzt werden. – So können wir uns dieses Programm weiter vorstellen. Ideen sind gefragt; wir stellen die finanziellen Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit dem Programm Land(auf)schwung und dem Wettbewerb zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements haben wir zwei weitere Projekte, die für diesen Bereich sehr wichtig sind.

Ich möchte an dieser Stelle auf unsere gelungene Initiative, den vorbeugenden Hochwasserschutz nach vorne zu bringen, besonders eingehen.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das ist richtig!)

Cajus Caesar

- (A) Für den Küstenschutz haben wir 25 Millionen Euro. Eben wurde gesagt, wir brauchten mehr. Tatsache ist aber, dass bisher nicht alle Länder alle Mittel abgerufen haben. Wir haben für den Hochwasserschutz zur Deichertüchtigung und Deicherhöhung 100 Millionen Euro angesetzt mit einer 60 : 40-Finanzierung – beim Küstenschutz haben wir eine 70 : 30-Finanzierung, also 70 Prozent aus Bundesmitteln –, und wir haben den vorbeugenden Hochwasserschutz. Wir haben mit 20 Millionen Euro begonnen und sind jetzt bei 100 Millionen Euro jährlich. Ich denke, das ist ein wirklich zukunftsweisendes Programm, das hervorragend gelungen ist und bei den Ländern, den Bürgern, eigentlich überall gut ankommt

(Beifall bei der CDU/CSU)

und im Sinne von Umweltschutz und Landwirtschaft ist. Es ist uns erstmalig gelungen, dass das Wasser schon am Oberlauf mehr Raum hat. Dafür müssen jene, die diese Flächen bereitstellen, einmalig mit 20 Prozent des Verkehrswerts aus Bundesmitteln entschädigt werden. Unabhängig davon wird auch für Schäden entschädigt. Aber die Menschen können weiter dort wirtschaften, und unten kommt weniger Wasser an. Das ist doch unser Ziel:

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das ist der richtige Weg!)

nicht gegeneinander, sondern miteinander, nicht Konfrontation, sondern miteinander die Dinge bewegen. Ich denke, da ist uns vieles gelungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Nun möchte ich noch einige Sätze zur gesunden Ernährung sagen; das war eben schon eine Herausforderung. Was haben wir da alles?

Wir haben den Aktionsplan IN FORM mit bisher 100 Projekten auf den Weg gebracht; und wenn man Projekte hat, muss man diese anschließend natürlich auch umsetzen.

Der Aufbau eines Bundeszentrums für Ernährung wurde eben genannt. Ich glaube, dass es richtig ist, wenn wir Kräfte bündeln. Ich bin jedenfalls dem Ministerium, dem Minister und den Staatssekretären dankbar, dass sie dies tun wollen. Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann hat immer wieder gesagt: „Cajus, setz dich für gesunde Ernährung ein“; und es gibt auch einige aus der SPD, die das getan haben. Das ist also ein wichtiges Thema für uns. Wir haben auch das neue Forschungsinstitut für Kinderernährung. Übrigens gibt es 16 Stellen mehr am Max-Rubner-Institut; das sollte man nicht vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir geben einen Zuschuss an die Deutsche Gesellschaft für Ernährung. Wir haben die Initiative zur Eindämmung von Lebensmittelverschwendung. Wir haben das EU-Schulobst- und -gemüseprogramm – mit übrigens 30 Millionen Euro aus Bundesmitteln –; allerdings beteiligen sich nur neun Länder. Vielleicht fragen wir einmal nach, warum die anderen nicht mitmachen.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Sie denken an die Redezeit?

(C)

Cajus Caesar (CDU/CSU):

Wir haben außerdem die Vernetzungsstelle Schulverpflegung. Sie sollte eigentlich auslaufen; aber, lieber Kollege Ulrich Freese, es ist uns gelungen, sie jetzt bis 2020 mit jährlich 1 Million Euro für Projekte zur Förderung der Qualität der Schul- und Kitaverpflegung auszugestalten. Das sind Leistungen des Bundes, die man an dieser Stelle noch einmal ansprechen sollte.

Zum Schluss, verehrte Frau Präsidentin, –

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Ja, aber bitte.

Cajus Caesar (CDU/CSU):

– möchte ich meinen Mitberichterstattem, Ulrich Freese, Sven-Christian Kindler und Heidi Bluhm, für die gemeinsame Arbeit noch einmal Dankeschön sagen. Ich möchte natürlich auch unserer AG mit Franz-Josef Holzenkamp, Alois Gerig und Marlene Mortler danken; Gitta Connemann habe ich eben genannt.

In diesem Sinne auf ein gutes Miteinander für unsere Land- und Forstwirtschaft!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Dr. Karin Thissen, SPD-Fraktion.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Dr. Karin Thissen (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Haushaltsberatungen zum Ressort Ernährung und Landwirtschaft – was haben wir vor, was haben wir erreicht? Die gute Nachricht im Bereich gesundheitlicher Verbraucherschutz lautet: Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit soll 5 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Das Bundesinstitut für Risikobewertung soll 8 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Das begrüßt die SPD ausdrücklich; denn zu unseren Vorstellungen von einer zukunftsfähigen Land- und Ernährungswirtschaft gehört eine adäquate finanzielle Ausstattung von staatlichen und teilstaatlichen Institutionen. Das haben wir im Bereich Verbraucherschutz vor.

Und was haben wir im letzten Jahr im Bereich gesundheitlicher Verbraucherschutz erreicht?

(Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das wollen wir auch wissen!)

Nichts, rein gar nichts. Herr Minister, wo sind sie geblieben, die verbraucherpolitischen Gesetzesinitiativen und politischen Impulse aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft? Vor knapp einem Jahr haben wir an dieser Stelle über den Haushalt 2016 diskutiert. Wir von der SPD haben damals klipp und klar gefordert:

Dr. Karin Thissen

- (A) Wir wollen mehr Transparenz im Lebensmittelsektor, wir wollen eine klare Lebensmittelkennzeichnung, wir wollen eine bessere Information der Öffentlichkeit im Lebensmittelbereich, Stichwort „§ 40 LFGB“. Es steht sogar im Koalitionsvertrag, dass wir ihn rechtssicher formulieren wollen. Gekommen ist nichts. Wahrscheinlich kommt es am Sankt-Nimmerleins-Tag.

Themenwechsel: Landwirtschaft. Die Nachricht lautet: Die landwirtschaftliche Unfallversicherung bekommt einen zusätzlichen Zuschuss von 78 Millionen Euro. Das hört sich ja erst mal gut an. Aber ist es auch gut?

(Zurufe von der CDU/CSU: Ja!)

Nicht dass ich den Landwirten das Geld nicht gönne! Aber hilft es ihnen aus der Krise?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Unsere Aufgabe in diesem Hause ist es, die Ursachen von Krisen zu bekämpfen und die Landwirte in wirtschaftlich angespannten Situationen so zu unterstützen, dass sie zukünftige Krisen ohne derartige Hilfen überstehen können. Dafür müssen zukunftsträchtige Rahmenbedingungen geschaffen werden. 78 Millionen Euro sind eine Menge Geld, die da einfach mit der Gießkanne verteilt wird. Aber für die Landwirtschaft sind es unterm Strich auch nur wieder ein paar Tropfen auf den heißen Stein.

Wir brauchen einen strukturellen Wandel in der Landwirtschaft. Es wird Zeit, Landwirtschaft aus Sicht des Verbrauchers zu betrachten, und zwar nicht in dem Sinne, Landwirte und Verbraucher gegeneinander auszuspielen, sondern in dem Sinne, sie zueinander zu führen.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich danke Ihnen fürs Zuhören. Es geht nämlich auch, die Redezeit einzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Danke schön. – Dann hat jetzt Rita Hagl-Kehl, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Rita Hagl-Kehl (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie vielleicht viele von Ihnen wissen, bin ich ein Kind des Bayerischen Waldes.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Rita, das hört man! Aber das spricht für dich!)

Deswegen liegt mir der ländliche Raum genauso nahe wie meinen Kollegen oben von der Küste, natürlich auch, weil ich SPD-Politikerin bin.

Ich finde, die Menschen im ländlichen Raum haben es verdient, dass wir ihre Zukunft attraktiv gestalten. Wir haben uns dafür langfristige Ziele gesteckt. Die ländliche Entwicklung muss gefördert werden, damit wir die

Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft erhalten können. Wir brauchen eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Die Wirtschaftskraft muss in der Region gehalten werden. Nicht zuletzt geht es auch um den Erhalt der schönen Kulturlandschaft, wie bei mir im Bayerischen Wald; diese Aufgabe übernimmt die Landwirtschaft.

Der Weg dorthin: Wir brauchen eine bessere Ausstattung der zweiten Säule. Damit können wir den ökologischen Landbau ausweiten, die Umweltleistungen der Landwirte honorieren, tiergerechte Haltung fördern und auch viele Klimaschutzmaßnahmen in Angriff nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Damit verfolgen wir das Ziel: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Unser Beispiel könnte Österreich sein. Da ist das Verhältnis: 700 Millionen Euro in der ersten Säule, 1,3 Milliarden Euro in der zweiten Säule. Ich glaube, da ist meine Forderung, den Anteil der zweiten Säule auf 30 Prozent zu erhöhen, eigentlich nicht großspurig.

(Beifall der Abg. Birgit Kömpel [SPD] – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Mal machen!)

Die SPD hat zahlreiche Forderungen für den Bereich der ländlichen Räume aufgestellt. Bestandteil des ländlichen Raums ist natürlich die Land- und Forstwirtschaft, die 80 Prozent der Fläche Deutschlands prägt. Wir wollen eine bäuerliche Landwirtschaft mit hofnahen Kreisläufen, eingebunden in die Regionen, und die Sicherung der Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen. Durch die Verknüpfung von Ökolandbau und Regionalvermarktung können wir starke und lebenswerte ländliche Räume erhalten. Dafür brauchen wir aber viel mehr Geld für die Direktvermarktung. Ich sehe in meiner Gegend viele Beispiele dafür, zum Beispiel Milchtankstellen oder Eieraufholstationen, die von den Kunden sehr gut angenommen werden. Der Verbraucher möchte die Milch ja zu einem fairen Preis kaufen; aber im Lebensmitteleinzelhandel ist das zum Teil nicht möglich. Wir müssen den Bauern aber eine Förderung zukommen lassen. Es darf nicht so sein, dass sie das Risiko eingehen, Milchautomaten aufzustellen, und dafür keine Förderung bekommen.

Wir brauchen mehr Geld für das Bundesprogramm Ökologischer Landbau, BÖLN genannt. Meine Forderung ist, die Mittel hierfür auf 20 Millionen Euro zu erhöhen. Wenn ich höre, welche Zahlen im Rahmen der Haushaltsdebatte hier im Raum schweben, dann finde ich, 3 Millionen Euro mehr sind nicht zu viel verlangt.

Das wichtigste Ziel bei der Förderung des Ausbaus des ökologischen Landbaus: Wir wollen eine Ausweitung der Anbaufläche auf 20 Prozent; das wird auch vom Herrn Minister gefordert. Momentan haben wir nur 6,4 Prozent an ausgewiesener Fläche. Das geht am tatsächlichen Bedarf vorbei; denn der Bedarf im ökologischen Bereich liegt bereits bei über 20 Prozent.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Rita Hagl-Kehl

- (A) Die Gründe für die Aufstockung des Programms sind vielfältig. Wir brauchen mehr Forschungsförderung, zum Beispiel im Bereich Saatgutzucht und Pflanzenzucht.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Das nützt nicht nur den Ökobauern, sondern auch den konventionellen Bauern.

Gut ausgeschöpft wurde das Programm mit Sicherheit, viel besser als zum Beispiel das Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe oder ähnliche Programme. Ein Beispiel ist das Netzwerk Pilotbetriebe, das nur bis 2018 fortgeführt werden kann, obwohl hier wirklich viel Forschungsstruktur aufgebaut wurde. Es geht um den Vergleich zwischen konventionellem und Ökolandbau, um die Analyse von Klimaentwicklung, Nachhaltigkeit und Tierwohl. Aber das Geld reicht nicht, also wird das Programm eingestellt. Es gibt auch viele abgelehnte Projekte.

Die Forschungsergebnisse nutzen allen. Sogar der Bauernverband hat im Dezember 60 Millionen Euro für das Bundesprogramm Ökologischer Landbau gefordert. Ich fordere nur ein Drittel. Ich finde, ich bin sehr bescheiden.

(Beifall bei der SPD – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das nenne ich Bescheidenheit!)

- (B) Auch seitens des Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutz, der vom BMEL initiiert wurde und in dem entsprechende Thesen aufgestellt wurden, wird eine Aufstockung des Programms gefordert. Damit könnten wir Forschung zu risikoarmen Methoden im Bereich des Pflanzenschutzes entwickeln. Das würde allen entgegenkommen: den Landwirten und den Verbrauchern, auch den kritischen Verbrauchern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Die beiden letzten Rednerinnen waren wirklich vorbildlich, was die Redezeit betrifft.

(Rainer Spiering [SPD]: So sind die Sozialdemokraten!)

Noch einmal herzlichen Dank dafür.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Einzelplan vor.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Einzelplan 17.**

Ich bitte Sie, möglichst zügig Ihre Plätze einzunehmen. – Ich erteile das Wort der Bundesministerin Manuela Schwesig.

(Beifall bei der SPD)

Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: (C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestern und vorgestern war hier im Hohen Hause viel von gesundem Wirtschaftswachstum und Spielräumen im Bundeshaushalt die Rede. Vielen Menschen in Deutschland geht es gut. Es werden endlich wieder mehr Kinder geboren: 738 000 im letzten Jahr. Das sind so viele Kinder, wie seit 15 Jahren nicht mehr. Viele Menschen in Deutschland sagen: Mir geht es materiell gut. Dennoch sagen viele auch: „Ich bin verunsichert“, so viele wie schon lange nicht mehr. Sie haben Angst vor Gewalt, Kriminalität und Terror, vor Zuwanderung und internationalen Krisen. Und es gibt politische Kräfte, die diese Verunsicherung ausnutzen. Diese Kräfte schlagen keine Lösungen für die Alltags Herausforderungen vor, sondern sie schüren Ängste und Verunsicherung. Unsere gemeinsame politische Aufgabe ist es, diesen Ängsten und dieser Verunsicherung etwas entgegenzusetzen, sie nicht zu schüren, sondern ernst zu nehmen und die Menschen im Alltag zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Es liegt in unserer Verantwortung, ob die Menschen im Land wieder mehr Vertrauen und Zuversicht bekommen.

Eine Antwort heißt: Wir machen das stark, was Menschen stark macht, was Vertrauen und Zuversicht gibt. Das ist in erster Linie die Familie. Für 75 Prozent der Menschen in Deutschland garantiert die Familie Sicherheit.

(Beifall des Abg. Paul Lehrieder [CDU/CSU]) (D)

Ich erlebe das in vielen Gesprächen, in denen mir Menschen sagen: Gerade angesichts der vielen unüberschaubaren internationalen Krisen ist es ganz wichtig, dass man sozusagen für sich selbst einen Anker hat, die Familie hat. Aber gleichzeitig sagen sie: Der Familienalltag ist auch eine große Herausforderung, insbesondere wenn man Kinder oder pflegebedürftige Angehörige hat und arbeiten geht. Deshalb ist es unsere Aufgabe, Familien stark zu machen, damit sie den Menschen Sicherheit und Zuversicht geben kann. Familien brauchen ganz konkrete Unterstützung in ihrem Alltag: mit Geld für Familie, mit Zeit für Familie und mit guter Betreuung und Bildung für Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, Ihnen heute den Haushaltsentwurf des Bundesfamilienministeriums für das Jahr 2017 vorstellen zu können. Wir haben uns gegenüber dem Anfang dieser Legislaturperiode wirklich verbessert. Ich erinnere mich an die erste Debatte in dieser Legislaturperiode, 2013, die zu einer sehr familienunfreundlichen Zeit, spät abends, stattfand. In zeitlicher Hinsicht haben wir uns verbessert; denn wir debattieren jetzt zu einer familienfreundlicheren Uhrzeit. Aber wir haben uns auch geldmäßig verbessert. Mit rund 9,2 Milliarden Euro ist der Etat so groß wie nie zuvor. Als ich Bundesfamilienministerin wurde und den Etat übernommen habe, betrug er knapp 7 Milliarden Euro. Wir haben die Familien in